

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. 50 Pf. Monat. Eingetrag. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1894 unter Nr. 6919

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 11 Uhr Abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Red.: J. L. 1894.
Telegraph.-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 20. April 1894.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Schluß der Session.

Früher, als es beim Zusammentreten des Reichstags im vorigen November erwartet wurde, ist die Session geschlossen worden.

Das reichhaltige „Steuerbouquet“ des Herrn Miquel und sein kunstreicher „Automat“ schienen Grund zu endlosen Debatten zu bieten; und man war darauf gefaßt, daß die Session nicht einmal vor Pfingsten zu beendigen sei, und daß vermutlich sogar eine Vertagung bis zum Herbst werde eintreten müssen.

Es ist anders gekommen. Das „Steuerbouquet“ des Herrn Miquel liegt zerstückt auf dem Müllhaufen, der „Automat“ liegt zerbrochen daneben, und es fehlt nicht an Leuten, die da glauben, daß der vielgewandte Finanzvirtuose und Steuerfinder diesmal nicht mehr auf die Beine komme, sondern demnächst seinen zwei „Lieblingsschöpfungen“ Gesellschaft leisten werde.

Die Session begann unter eigentümlichen Umständen. In der kurzen Session, zu welcher der Reichstag nach den Wahlen des 15. Juni zusammengelassen war, hatte die Regierung mit Ach und Krach eine kleine Majorität für die — damals noch — neue Militärvorlage erlangt; eine Majorität für die notwendige „Deckung“ war jedoch nicht zu erlangen, und so kam die Regierung in die festsame Lage, daß sie zwar eine Vollmacht zur Vergrößerung der Armee hatte, aber nicht die Mittel zur Durchführung des Beschlusses. Sie war ins Wasser gesprungen und der Reichstag war nicht nachgesprungen, um sie mit ihrer Militärvorlage herauszuholen.

Kommt Zeit, kommt Rath! dachte die Regierung — der einzige Gedanke, der in solchen verzwickten Situationen möglich und natürlich ist. Herr Miquel, der vielgewandte, versprach Rath zu schaffen. Der Reichstag hatte, ehe er nach Annahme der Militärvorlage sich trennte, den Wunsch ausgedrückt, daß die nothwendig werdenden Steuern auf die tragfähigen Schultern gelegt werden.

Herr Miquel verstand das in seiner Weise; er flocht das bekannte Steuerbouquet und befestigte es an den Schultern Derr, die bisher Alles zu tragen gehabt haben, und die also tragfähig sein müssen — nämlich der Armen, des arbeitenden Volks. Es war ein gründlicher Aderlaß, den er vorbereitete; und er ersann auch einen sehr kunstvollen Apparat, der die Abzapsung des Blutes „mechanisch regeln“ sollte. Das war der famose „Automat“.

Der böse Reichstag ließ sich nicht imponiren, und die Hauptleistung der soeben geschlossenen Session ist: daß das Steuerbouquet mit sammt dem Automat in den Dreck versenkt ward.

Freilich — auch aus der Unterwelt führen mitunter Wege zurück. Und das deutsche Volk hat scharf zu machen über seine Konsuln und Tribunen, damit sie fest bleiben und den Miquel'schen Steuerplänen, die unter weniger ab-

stoßender und harmloserer Form wiederkehren werden, auch in der nächsten Session kräftig zu Leib gehen und ihnen das Lebenslicht ausblasen.

Herr Miquel ist unzweifelhaft ein geschlagener Mann — allein geschlagen ist er noch lange nicht. Er ist einer jener politischen Schlangennamen, die keine Knochen haben und sich in die unglaublichsten Stellungen hineinwinden und zwängen, und aalglatt auch wieder herauskriechen können.

In dieser Session hat er freilich nicht geschickt operirt. Er war zu pfliffig, was stets ins Gegentheil umschlägt.

Besseren Grund, mit der verflochtenen Session zufrieden zu sein, hat Herr Miquel's Chef und — Nebenbuhler, der Reichskanzler, Herr v. Caprivi. Herr v. Caprivi ist über kein ausgestrecktes Bein gestolpert; er hat seinen russischen Handelsvertrag nebst verschiedenen kleineren Handelsverträgen glücklich in den Hafen gebracht; und er hat es erlebt, daß die „staatsbehaltenden“ Herren Junker, die ihn um jeden Preis stürzen wollten, eine Reihe schwerster und blamabelster Niederlagen erlitten.

Ja, sie wollten ihn um jeden Preis stürzen, die Nimmer-satten, weil er ihrem Appetit einige Schranken auflegen, ihnen, den „Edelsten der Nation“ nicht das ganze Mark der Nation als Futter hinwerfen wollte.

Er hat die Angriffe abgewehrt, und seine Position behauptet und befestigt, während die Junker die Niederlage ihres Sönners und geheimen Bundesgenossen und Protektors getheilt haben.

In ihrer demagogischen Wuth proklamirten die Junker den nacktesten Junkersozialismus, verlangten Staatsunterstützung in Scheffeln, Getreide-Monopolpreise, und Wiedereinführung der Leibeigenschaft — denn auf etwas anderes läuft der kanth'sche Antrag nicht hinaus —; der Reichstag hat sie mit erdrückender Majorität verurtheilt, gebannt und heimgeschickt.

Auch der Heimstätten-Antrag, der die Bildung eines, an die Scholle gefesteten Stammes billiger Landarbeiter bezweckt, hatte so geringen Erfolg, daß er in letzter Stunde zurückgezogen ward.

Am ärgsten aber wird die Herren Junker das Schicksal ihrer beiden Kollegen: Graf Molke und v. Polenz gewürmt haben, an denen noch unmittelbar vor Thorstsch die parlamentarische Hinrichtung, durch Kassirung des Mandats wegen ungeheurer Praktiken, in aller Form Rechtens vollzogen ward.

An unseren Genossen ist es, dafür zu sorgen, daß anstatt dieser unwürdig befundenen Junker zwei ehrliche Sozialdemokraten in den Reichstag geschickt werden!

Und an dem deutschen Volk und der deutschen Wähler-schaft in ihrer Gesamtheit ist es, in den beginnenden Parlamentsferien auf die Herren Volksvertreter vermittelst einer gesunden und urwüchsigen politischen Pädagogik so eindringlich zu wirken, daß wir in der nächsten Session vor einem großen Volksverrath geschützt sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. April.
Aus dem Reichstag. Man soll doch nie phrophezeien! Wir hatten gestern die Unvorsichtigkeit begangen, der heutigen, letzten Sitzung des Reichstags eine kurze Dauer anzukündigen.

Wir hatten nicht mit Herrn Camp und anderen unbarmherzigen Redewüthigen gerechnet. Und so ist denn, ohne daß darum mehr gesagt worden wäre, als wir vermuthet, heute richtig fast 5 Stunden lang — von 11 bis 4 Uhr — geredet worden. Und zwar wurden diese Reden fast ausschließlich nur zur Börsensteuer — deren Annahme von vornherein feststand — gehalten.

Bei der Abstimmung blieb nur die Linke, Freisinn und Sozialdemokratie, sitzen.

Die hierauf folgenden Petitionsberichte wurden, wie das im Reichstage von jeher üblich, fast ohne Debatte erledigt. Nur bei dem Bericht der Kommission zu den Petitionen über die Zulassung der Frauen zum ärztlichen Studium nahm Bebel das Wort, um den Standpunkt unserer Partei zu dieser Frage kurz darzulegen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, Interpellation der Abgeordneten Förster und Genossen brachte noch eine sehr gereizte Auseinandersetzung zwischen dem Führer der Konservativen, Freiherrn von Manteuffel, und dem Reichskanzler.

Die Interpellation selbst fragt an, wie „gedenken die verbündeten Regierungen die durch die Zollgesetzgebung entstandenen Schädigungen der Finanzen des Reichs in einer die Landwirtschaft nicht beeinträchtigenden Weise auszugleichen?“

In der Begründung sprach Graf zu Innhausen und Knipphausen über alles mögliche und noch einiges, nur nichts von den Reichsfinanzen. Dies konstatierte in scharf pointirter Weise der Reichskanzler, ohne weiter auf den vorgetragenen Jammer über die Noth der Landwirtschaft einzugehen.

Nun erhob sich Herr von Manteuffel, um in wohl vorbereiteter, mit giftigen Ausfällen auf den Kanzler gespickter Rede der konservativ-agrarischen Opposition ein Programm für ihr nächstes Verhalten vorzuzichnen. Die Rede hatte zwar auf die Interpellation gar keinen Bezug, aber sie war eine Kriegsanzeige in strikter Form und insofern verdient sie volle Beachtung.

Der Kanzler antwortete mit schneidendem Hohn, daß diese Rede wohl die Niederlage gelegentlich des Antrages Kanth bedenken sollte und Herr von Bennigsen trat in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung dieser Auffassung bei.

Mit großer Mehrheit wurde hierauf die Vertagung beschlossen. Damit war das Ende der Session herbeigeführt.

Die nun folgenden Formalien könnten wir übergehen, wenn Herr Liebermann von Sonnenberg nicht auch diese Gelegenheit zu einer seiner bekannten Rüpelien benützt hätte. Als nämlich unsere Abgeordneten nach dem üblichen

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

„Das muß Er. Heiligkeit nicht;“ erwiderte der Herzog fest: „Wahrlich nicht, so lange Ihr auf Freunde rechnen könnt, deren starke Arme Euch über der Fluth halten. Ihr habt drei nicht unbedeutende Wächter über Eure Sicherheit aufgestellt durch kluges Werben. Oesterreich, Baden und Burgund halten Euch aufrecht gegen die gesammte Macht des Hähelburger's und seines Anhanges.“

„Dem Markgrafen vertraue ich nicht ganz,“ versetzte Johannes bedencklich, „und der Herzog von Burgund ist weit. Wie, wenn im Augenblicke der Gefahr die beiden Stützen wichen?“

„Dann habt Ihr mich,“ antwortete Friedrich mit lächelndem Stolz. „Alles Oesterreich ist Oesterreich unterthan! Das Wort ist ewig und ich halt's Euch, sollt's mich Land und Leute kosten. Frei führe ich Euch von dannen, ohne daß man's wagen dürfte, Euch ein Haar zu krümmen.“

„Wacker Fürst!“ rief der Paps, von einer dankbaren Regung übermannt: „Solcher Treue rühmen wir uns in Bälshland nicht. Ihr richtet uns auf in unserem Kummer, und niemand ist würdiger, der Bannerträger des heiligen Stuhls zu heißen, denn Ihr, edler Hähelburger. Der Herr der Heerschaaren sei ferner mit Euch!“

Ein Gewoge und Gebrause wurde auf der Straße vernommen. Der Herzog trat ans Fenster, warf einen Blick hinab, und wüthte dem Paps mit den Worten: „Seht, seht, heiliger Vater, ob ich ein falscher Prophet bin. Die

Erfüllung folgt meiner Rede auf dem Fuße. Da kommt der Huh die Straße herab, umringt von Partisanen und gebunden, wie mich dünkt. Das heutige Verhör hat demnach den Ausschlag gegeben!“

Der Paps eilte an das Fenster, trat aber alsobald schamroth zurück, da er den Berrathenen ersah, der in seinen Wanden ruhig wie ein Heiliger daherschritt, und, als wollte er den heiligen Vater an sein gegebenes Wort mahnen, den Blick zu ihm in die Höhe warf. Des Volkes Aufschrei lobte um den Gefangenen her, und die zum Tode entsetzten, in ohnmächtiger Wuth sich verzehrenden Freunde und Hüter des Dulders waren durch die ungestüme Menge von seiner Seite gerissen worden. In geringer Entfernung von des Papses Wohnung hatte ein neuer Auftritt in dem Zuge statt. Ein untersehter Keel, der Diener eines italienischen Doktors, hatte sich Bahn durch das Getümmel gemacht, um den Keher zu sehen, dessen Verhaftung dem blindwüthenden Pöbel neue Waffen in die Hände gab. Die Wächter des Gefangenen, die jede mitleidige Seele mit Panzenstößen von ihm jagten, ließen den frechen Burtschen heran, der mit viehischer Rohheit den Wehrlosen ins Gesicht schlug. Huh litt die Mißhandlung mit Standhaftigkeit und stummer Lippe, aber die Vergeltung saß der Unthat schon auf der Ferse. Ein junger Mann packte den tüchtigen Italiener beim Kragen und warf ihn mit einem Fußstöße zur Erde nieder. Zugleich sah er sich kampflustig mit geballten Fäusten unter den Umstehenden um, erwartend, ob nicht jemand Lust haben möchte, die Partei des Geschlagenen zu nehmen. Die Rechtlicheren unter dem Volke und den Hufschauern an den Häuserfenstern riefen ihm Beifall zu. Das Gefindel fürchtete sich vor gleichwichtigen Schlägen. Um so mehr fiel aber die Begebenheit auf, als der Jüngling in die lange schwarze Schleppe junger Subdialonen gekleidet war. Die Rappe mit der Quastentrobdel saß trozig in die Stirn gedrückt, die Schleppe

des Gewandes hatte der Kämpfer um den linken Arm gewickelt, den rechten Ärmel aufgekнопft und aufgeschürzt. Mit einem derben Haarauser entließ er den bestraften Bälshen, da ihm Huh zugerufen hatte: „Dank, junger Freund! schon aber in dem Verblendeten den Menschen!“ — Eifrig begann er nun, während der Gefangene in die Gasse geführt wurde, wo das Kloster, sein angewiesener Kerker stand, die alte Ordnung seines Kleides wieder herzustellen. Da vernahm er hinter sich die Worte, die eine volltönende Frauenstimme sprach: „Seht, mein Herr von Königsbeck! das wäre ein Mann nach meinem Geschmack. Schnelle Entschlossenheit und feste That zieren das starke Geschlecht!“ — Verwundert sah sich der junge Mann nach der Sprecherin um und erblickte die herrliche Gestalt eines stolzen Weibes, das gerade mit einem Rückblick auf ihn, am Arme eines zierlich gekleideten Begleiters, in die Thüre eines anscheinlichen Hauses trat. Der geschlakte Hut, mit bunten Federn bekränzt, den das Frauenbild auf dem braunen Haupthaar trug, die Perlschnur, mit welcher ihre Stirne geschmückt war, das bauschige Gewand mit Goldspangen und köstlichem Pelzbesatz, die gelben Schnabelschuhe mit Pelz gefüttert; und die schweren silbernen Schellen, die den breiten Sammtgürtel zierten, verriethen den Reichtum und den hohen Stand der schönen, trotz ihrer Blässe anziehenden Frau. Der junge Geistliche war von dem überraschenden Schauspiel fest gebannt auf seiner Stelle, bis ihn das Geräusch vieler an ihm vorbeikomenden Menschen erinnerte, daß er sich auf der Straße befinde. Der Herzog von Oesterreich lehrte mit seinem Gefolge in seinen Hof zurück. Prächtig gekleidete Finkenbläser traten dem Geleite voraus, ihre blühenden Instrumente ruhig in den Händen tragend, um sie an jeder Kreuzstraße erschallen zu lassen, den Ruhm ihres Gebieters zu verkünden. Trabanten in Oesterreich's Farben, die Hellebarden auf der Schulter, folgten, und hinter dem stolz flatternden Banner mit Oesterreich's

Dank für das Präsidium und vor dem Hoch auf den Kaiser
hinausgingen, brüllte Liebermann in den Saal hinein:
„Die Stützen der Regierung verlassen den Saal!“

Unsere Genossen hatten für diese Aeußerung des vor-
lauten Burschen nur das Gefühl der Verachtung; was mag
Graf Herbert von Bismarck, der mit den
Sozialdemokraten, wenn auch durch eine andere
Tzäre, ebenfalls den Saal verlassen hat, von dem
Ausrufe seines konservativen Gesinnungsgenossen denken? —

Zwei Nachwahlen, bei denen unserer Partei der Sieg
zufallen muß, wenn unsere Genossen eifrig und energisch die
Wahlvorbereitungen betreiben, finden demnächst statt.
Das Stimmverhältnis in diesen Kreisen bei der Haupt-
wahl war das folgende:

Bei der letzten Reichstagswahl fielen in dem Wahlkreis
C (Mühorn-Pinneberg) auf den Sozialdemokraten
(Wollenbuhr) 13 097 Stimmen, auf den freikonservativen
Grafen Moltke 6826 Stimmen, auf den der freisinnigen
Lerentung angehörenden Professor Hänel 6223 Stimmen.
Außerdem wurden 718 antisemitische Stimmen abgegeben.
Bei der Stichwahl siegte Graf Moltke mit 15 277 gegen
18 781 sozialdemokratische Stimmen.

Die freisinnige Volkspartei will bei der Nachwahl auch
einen Kandidaten aufstellen, so daß dem sozialdemokratischen
Mandatswerber mindestens 4 Gegner, ein Konservativer,
ein Antisemit und zwei feindliche Brüder aus der frei-
sinnigen Partei gegenüberstehen werden.

Im Wahlkreis Plauen im Vogtlande wurden
bei der letzten Wahl abgegeben 9277 sozialdemokratische,
10 567 konservative Stimmen und 8961 Stimmen der frei-
sinnigen Volkspartei. Bei der Stichwahl siegte v. Polenz
mit 12 766 gegen 12 052 sozialdemokratische Stimmen, welche
auf Genossen Gerlich fielen. —

Das Jesuitengesetz im Bundesrath. In der
heutigen Sitzung des Bundesraths wurde der Beschluß des
Reichstages zu dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die
Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft
Jesu vom 4. Juli 1872 dem zuständigen Ausschusse über-
wiesen. —

Der 70. Geburtstag des preussischen Justiz-
ministers v. Schelling feiert heute die „Norddeutsche
Allgemeine Zeitung“. Bei der Aufzählung seiner Groß-
thaten — Minister vollführten stets Großthaten in den
Augen der Offizien — vergaß das Binderblatt an die
staatsmännlichen Leistungen Schellings gegen Lassalle zu
erinnern. Diese Lücke in der Biographie des Ministers
hätten wir uns für verpflichtet, auszufüllen; ist es
doch gerade der Prozeß gewesen, der, wenn auch
gegenüber Lassalle's Wissen und dialektischer Kraft
der kleine Sohn eines großen Vaters verblähte, so
doch wesentlich dazu beigetragen hat, den jungen Staats-
anwalt in weiteren Kreisen bekannt zu machen und ihn die
Wege für seine spätere Karriere zu ebnen.

Verworrenes Zeug schwächt heute die „Kreuz-
Zeitung“ in ihrem Leitartikel „Der Antrag Ranig —
sozialistisch“. Wir können den Artikel nicht ganz ab-
drucken, einiges sei aber hervorgehoben. Das Blatt
schreibt:

„Man scheut sich nicht mehr vor dem Sozialismus, man
hofft auf ihn. Was ist denn der Sozialismus? Eine Zeit-
strömung, die unter Beschränkung der Freiheit
des Einzelnen zu Organisationen drängt, um

und Tyrols Wappenschildern tritt der Herzog, umgeben von
den Edeln seines Hauses. Pagen berührten seine Steig-
bügel und den goldgestickten Baum seines Pferdes, und
besondere Leibwächter in blanken Brustpanzern, mit Wod-
ärzten bewaffnet, schlossen sich unmittelbar, die letzteren des
Zuges, dem Gebieter an. Das scharfe Auge des letzteren
hatte schon vor des Papstes Fenstern den jungen Mann
im geistlichen Gewande erkannt, und sein Finger wies
denselben an sein Pferd heran. Im weiten Kreise standen
abweichend die Begleiter, die Straße sperrend durch ihr
Stillhalten. Der Herzog bückte sich vertraulich über den
Hals des Gauls zu dem Jüngling herab und fragte halb-
laut: „Was macht Ihr denn für Tollmannsstreiche, Da-
gobert? Faselt auf der Straße umher in dem Kirchenrock,
der Euch nicht kleidet, und begeht noch obendrein das Ver-
brechen, Euch eines Unglücklichen anzunehmen! Das wird
Euch Verderb bringen und Daz erwerben.“

„Hatt' ich nicht recht?“ fragte Dagobert: „Ich schere
mich nicht um des Böhmen Lehre, aber, Mensch bleibt
Mensch, und Ihr, gnädiger Herzog, hättet an meiner Stelle
nicht um ein Haar anders gehandelt.“

Friedrich befaß sich einen Augenblick, dann nickte er
zugehend mit dem Kopfe, sprechend: „Ich glaube es beinahe
selbst, aber... junger Patrizier... wollt Ihr Menschenrechte
verteidigen, so zieht die Kutte aus. Man kann darin den
Arm nicht frei regieren, so wenig als den Mund. Auf
Wiedersehen!“

Er zog seines Weges, und Dagobert ging den seinigen.
„Der Herzog hat nicht unrecht“ sagte er zu sich selbst,
„aber wie ist das zu ändern? Für mein Leben gerne tröche
ich wieder in mein kurz Röcklein und hautete mit dem
Kopfe, aber der Mutter Gelübde muß ich wohl halten.
Wie glücklich sind diejenigen, die frei sich bewegen können,
wo sie wollen, und den Kelch des Lebens trinken können,
wo sie wollen, nur nicht am Altare. Ich Armer kann
nichts thun, als sie beneiden, und muß zusehen, wenn sie
häßliche Frauen heimführen dürfen, wie die, welche ich heute
sah. Ich mag aber Pfaffen singen und Profession laufen,
oder den gewissenlosen Pfaffen machen, vor dem jeder recht-
liche Christ das Kreuz schlägt. Das Letztere verhält aber
Gott!“

„Ei, um aller Heiligen willen, deren Fürsprache mir
auf dem Sterbebette Noth thun möchte! was sieht Euch an,
daß Ihr also so umherwandelt, bei hellem Tage ein leben-
diger Leichnam, ohne Sinn, Gedr, Gesicht und Worte?“
fragte Gerhards Stimme plötzlich neben dem Patrizier, der
verwundert aufschah und mit einem bitteren Lächeln ant-
wortete: „I nu, lieber Hülschoten, ich freue mich kindisch
auf den Augenblick, wo ich Papst sein werde.“

„Wollte Gott, Ihr wärt's!“ rief Gerhard; „so könnte
ich vielleicht auf Absolution hoffen, oder auf Dispens von
den Fastenspeisen, die mir gegenwärtig wie Blei im Magen
liegen. Unser Wirth im Engel, ein abgeseimter Spießbube,
der früherhin kaum am Feiertage Fleisch, Butter und Eier
wegließ, ist durch das Konzilium so heilig geworden, daß
wir Mittwoch, Freitag und Sonnabends nichts als Fisch,
Mehl und Oel zu sehen bekommen.“
(Fortsetzung folgt.)

jedem das Seine zu sichern unter Wahrung
des Gesamtwohls, und diese Zeitströmung ist
immer mächtiger geworden, je weniger die Gegenströmung, der
Individualismus, sich fähig zeigte, lediglich durch größt-
mögliche Freiheit für den einzelnen, diese beiden Ziele zu
erreichen. Heute suchen die verständigen Sozial-
politiker von den englischen Liberalen bis zu den
deutschen Konservativen große zusammenschließende
Organisationen zu schaffen, innerhalb deren der Einzelne aus-
reichende Freiheit zu seiner Entfaltung findet. Der
Individualismus muß zurückweichen, der Sozialismus tritt
vor. In Deutschland will der doktrinaire Liberalismus von
diesem Umschwung nichts wissen; er verschließt sich davor die
Augen und er hat nicht übel Lust, konservative
Männer als revolutionär zu denunzieren, weil sie eine Ver-
stärkung der Getreide-Einfuhr beantragen. Was will
dieser Antrag besagen gegenüber weit größeren, weit ein-
greifenderen Thaten der neuen Sozialgesetzgebung Deutschlands,
vor allem gegenüber der staatlichen Organisation der Arbeiter-
vereinigungen!

Sicherlich ist diese Begriffsklärung des Sozialismus
unrichtig, aber wäre sie auch richtig, so bewiese sie
nichts anderes, als was wir behaupten, daß der Antrag
Ranig antisozialistisch ist, weil er doch nicht
jedem das Seine unter Wahrung des Gesamtwohls sichert,
sondern unter unerhörter Schädigung des gesamten Volkes
einige wenige Laufende unserer Reichsten auf Kosten der
Armensten unter Garantie des Staates in noch nicht dage-
wiesener Weise bereichern soll.

Dann schreibt das Blatt weiter:
Diese Gefahren, die der Individualismus mit Hilfe des
Liberalismus heraufbeschworen hat, kann allein der Sozialismus
der Zukunft beschwören, der selbstverständlich andere Bahnen
einschlägt als die sozialdemokratische Agitation und von ihr
ungleich scharfer bekämpft wird als die liberalen Gruppen,
eben weil er im Stande ist, wieder erträgliche Verhältnisse zu
schaffen.

Ganz natürlich! Denn das, was das Junkerblatt So-
zialismus nennt, so der Antrag Ranig, läuft auf Privat-
monopole, auf Bereicherung der Reichsten hinaus, und dem
kann die Partei des Klassenbewußten Proletariats nur scharfe
Gegnerschaft entgegenbringen. —

Die Kriegervereine und der deutsch-russische
Handelsvertrag. Die „Pöfener Landwehr-Zeitung“ nahm
in Nr. 8 dieses Jahrgangs von dem Geburtsstage des
Reichskanzlers Grafen v. Caprivi in folgendem Passus
Notiz:

„Unser Reichskanzler Graf Caprivi vollendet am Sonn-
abend, den 24. Februar d. J., sein 63. Lebensjahr. Die
Gleichwünsche des deutschen Volkes werden dem hochverdienten
Manne den Geburtsstag verherrlichen helfen, da derselbe durch
das Zustandekommen des deutsch-russischen Handels-
vertrages von Neuem gereizt hat, wie sehr ihm die Wohlfahrt
des Volkes am Herzen liegt.“

In diesem Gleichwunsche hat Rittergutsbesitzer Brees-
Pieske, der frühere Vorsitzende der meßener Kreisabtheilung
des „Bundes der Landwirthe“, eine Beleidigung gegen
die dem Landwehrverbande angehörigen Landwirthe erblüht
und den Redakteur Kahler der „Pöfener Landwehr-Zeitung“
zum Widerruf aufgefordert. Auf die nicht befriedigende
Erklärung des Herrn Kahler hat sich Herr Brees dieser-
halb an den Vorsitzenden des Pöfener Provinzial-Landwehr-
Verbandes, General-Landschaftsdirektor und Major d. L.
von Staudy, gewandt und als ihm von dort eine
wahrscheinlich noch weniger genehme Abfertigung zu-
theil geworden, hat er als Protektor des Krieger-
ganges, zu welchem die Vereine in Hochwalde,
Kalan, Rainscht u. gehören, seinen Heerbaum aufgebunden,
indem er in dieser Angelegenheit an den Vorstand
des deutschen Kriegerbundes eine Be-
schwerdeschrift richtete, zu deren Unterzeichnung
Kameraden des betreffenden Ganges veranlaßt wurden.
Vor einiger Zeit hat nun Rittergutsbesitzer Brees einem
der Unterzeichner in K. die Mittheilung gemacht, daß der
Redakteur der „Pöf. Landw.-Ztg.“ von letzter Instanz
rekluziert worden sei.

Die festesten Stützen unseres militärpolitischen Regimes,
die Kriegervereine werden vom Bunde der Landwirthe
gegen die Autorität der Reichsregierung mit sichtbarem Er-
folge aufgekehrt. Und da zweifle noch einer, daß der Bund
der Landwirthe nicht nützlich wirkt! —

Assessor Wehlan, gegen dessen Amtsführung in
Kamerun bekanntlich in einem auch von uns veröffentlichten
Tagebuche Beschuldigungen der schwersten Art erhoben
wurden, ist nach der „Kreuz-Zeitung“ schon seit einiger Zeit
in Berlin und in der Kolonialabtheilung be-
schäftigt. Hossentlich führt er nicht auch noch die
Unterzeichnung gegen den Kanzler Leist. Wir wundern uns,
daß Herr Wehlan nicht gleich nach der Veröffentlichung
seiner Leistungen in der „Neuen deutschen Wundschau“
vom Amte suspendirt wurde. —

Sozialpolitik nach dem Geschwade des König
Stimm. Die diesjährige Konferenz der Zentralstelle für
Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen wird am Montag den 7.
und Dienstag den 8. Mai d. J. in den Konferenzsälen des
Anhalter Bahnhof zu Berlin stattfinden. „Auf der Tages-
ordnung stehen die beiden Fragen: 1. Das Sparwesen
in seiner Bedeutung für die Arbeiterwohlfahrt. 2. Die
Reinhaltung der Luft in den Fabrikräumen. Im Anschluß
an den zweiten Verhandlungsgegenstand wird, ebenfalls im
Anhalter Bahnhof, eine Ausstellung von Apparaten, Mo-
dellen und Zeichnungen, welche zu dem Thema in Beziehung
stehen, veranstaltet werden. Dieselbe wird in den Tagen
vom 2. bis 9. Mai geöffnet sein. —

Dynamitattentate giebt's auch in Deutschland, wie
wir jetzt erfahren. In national-liberalen Blättern, z. B.
dem „Leipziger Tageblatt“, finden wir folgende Notiz:

Miesbach, 17. April. Unsere Zustände in Miesbach
werden immer bedenklicher. Nach zwei Dynamit-
Attentaten, dem samojen Haberfeldtreiben, das hier selbst
in gebildeten Kreisen Verheerung findet, nach der jüngsten
Beschießung der Wohnungs- und Ladenfenster des Kaufmanns
Mayer durch Schüsse aus Mauerferngewehren, bei welcher
wenigstens vier Personen betheiligt gewesen sein müssen,
wurde gestern Abends um 9 Uhr im Amtsgerichtsgebäude
heftig geläutet und gleichzeitig, wie es schien, ein Revolver-
schuß nach einem Fenster des Wohnungsummers des Ober-
amtsrichters abgefeuert. Dem Umstande, daß einer der
Attentäter — zwei müssen es gewesen sein — an der Ge-
sängnisglocke statt an der Wohnungsglocke läutete, ist es zu
danken, daß das beabsichtigte Öffnen eines Fensters, um zu
fragen, was es gebe, unterlassen wurde. Solchen Zuständen
glaubt man durch Nachtwachen abhelfen zu können. Was
können und wollen drei oder vier Nachtwächter gegen mehrere
stark bewaffnete Männer machen? Solche Anordnungen er-
zeugen nur große Unzufriedenheit und herbe Kritik über ihre
Zwecklosigkeit.

Zwei Dynamitattentate! Auch Deutschland,
„die fromme Kinderstube“ wäre sonach zu einer „anar-
chistischen Haberfeldgrube“ geworden? Ach nein. Die Herren
Nationalliberalen, die sonst so eifrig nach „Attentaten“
herumspürhelfen, sind gar nicht aufgeregt, sie lassen die Sache
als ganz gewöhnlichen Vorfall auf. Denn es handelt
sich ja um Haberfeldtreiben, und Haberfeldtreiben läßt
sich politisch nicht „fruktifizieren“. —

Konsequenz war niemals der hervorragende Charakter-
zug der Taute Wof. Die gute Alte ist stets gegen das
Duell, weigert sich aber ein Antisemit, sich vor die Mündung
der Pistole des besten Schützen Wiens zu stellen, so entkräftet
sie sich über die „Vorsicht“ desselben. Sie kann es auch gar
nicht fassen, daß der aus der demokratischen Partei hervor-
gegangene österreichische Antisemit Puzer in scharfer Weise
das Politisieren des Wiener Korpskommandanten Schönfeld
occurruht, sie ist eben auch dafür, daß das Militär in
allen Feinden des Kapitalismus das würdigste Zielobjekt
für die Kleinkalibrigen Gewehre sieht. Die „Vossische
Zeitung“ finkt, vor allem wenn sie österreichische Ver-
hältnisse bespricht, ganz auf das Niveau der liberalen
Wiener Presse herab. Wer diese kennt, weiß, wie tief
dieses Niveau ist. —

Die Reaktion steckt ihre Nase in allen Schmutz,
um die Gelegenheit zu reaktionären Gesetzen auszunücheln.
Jetzt ist das Stöckerblatt „Reichsbote“ an der löblichen Ar-
beit, um die Empörung und den Schauer über die jüngsten
Verbrechen im Grunewald im Interesse der Brügel-
strafe zu fruktifizieren. Als ob für derartige
Thiermenschen, wie der Urheber dieser Gräuelt hat, der
Knüttel etwas Abschreckendes hätte! Doch nein! Abschrecken
soll der Knüttel ja auch nicht, aber er soll erzischen!
Da der „Reichsbote“ aber auch mit bekannter Christenliebe
das Blut des Mörders verlangt, ist es schwer abzuweichen,
wenn der Knüttel seine erzehrerische Mission erfüllen soll.
Einen Geföyften kann man doch nicht mehr prügeln. Frei-
lich der Stöcker'schen Christenliebe ist zuzutrauen, daß sie
auch an Leichnamen ihre — Frömmigkeit ausläßt. —

Das österreichische Abgeordnetenhaus lehnte mit
181 gegen 50 Stimmen den Dringlichkeitsantrag Pryorab's
ab, den Wahlreform-Ausschuss zur sofortigen Berathung der
ihm zugewiesenen Vorlagen aufzufordern.
Die Arbeiter können warten! —

Zur Maisfeier in Oesterreich. Regierung und
Unternehmertum gehen wie schon in den früheren
Jahren Hand in Hand, um die Maisfeier der österreichischen
Arbeiter zu verhindern. Den bezüglichen Erlaß der Re-
gierung haben wir schon vor einigen Tagen mitgetheilt,
nun berichtet das „Vossische Telegraphen-Bureau“ das
Folgende:

Der Verbandstag des Zentralverbandes der
Industriellen Oesterreichs hat einstimmig den
Bericht des leitenden Komitees angenommen, nach welchem der
Zentralverband in der Frage der Maisfeier unverrückt auf dem
Boden des Gesetzes steht und, wie im Vorjahre, allen In-
dustriellen Oesterreichs empfiehlt, anlässlich der
Mais-Demonstrationen eine gänzliche oder
theilweise Befreiung von der Arbeit grund-
sätzlich nicht zu bewilligen, sondern dem Beispiele
der Regierung zu folgen, welche in dem Erlaß vom 31. März
die Arbeiter im Staatsbetriebe darauf aufmerksam macht, daß
sie auf Freigebung des 1. Mai nicht zu rechnen und im Falle
einer eigenmächtigen Arbeitseinstellung die volle Strenge des
Gesetzes zu gewärtigen hätten.

Die österreichischen Arbeiter werden auf diesen Beschluß
pfeifen und wie früher in großartiger Weise am 1. Mai
für ihre Forderungen demonstrieren. —

Ein Staatsstreich in Oesterreich? so betitelt sich
der Leitartikel im Morgenblatte der „Kreuz-Zeitung“. In
demselben wird dem österreichischen Kaiser zugemuthet, daß
er das allgemeine Wahlrecht oder zum mindesten eine starke
Erweiterung des gegenwärtigen Wahlrechtes oktroyren
werde. Der Artikel schließt mit folgenden bemerkenswerthen
Sätzen:

Vielleicht wird die Entscheidung beschleunigt, wenn
die sozialdemokratische Partei mit ihrer Drohung,
durch einen Massenaufruf das allgemeine
Wahlrecht zu erzwingen, wirklich Ernst machen
sollte. Somit hängt Oesterreich's innere Entwicklung
von den eigenen Entschlüssen Kaiser Franz Josefs
ab und in unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß
der Kaiser den Grafen Taaffe zurückberufen
und unter dessen Mitwirkung den Steinbach'schen Wahlgesetz-
Entwurf oktroyren wird, was nach dem Buchstaben der Ver-
fassung im Wege einer Gesamtverordnung des Ministeriums
zulässig (?) ist. Diese wichtige Verordnung würde dann die
Zurückziehung der neu zu wählenden Volksvertretung erfordern
und aller Voraussicht nach auch erhalten.

Kaiser Franz Josef hat eine größere Uebung als irgend
ein lebender Monarch, Verfassungen aufzuheben und zu
oktroyren. Unmöglich wäre somit das, was die „Kreuz-
Zeitung“ ihm zumuthet, gerade nicht, wenn wir es auch
nicht für wahrscheinlich halten. —

Die Maisfeier in Frankreich. Man schreibt uns aus
Paris unterm 17. April: Der Pariser Ortsrath des Landes-
verbandes der französischen Gewerkschaften und korporativen
Gruppen hat im Einverständniß mit dem Nationalrath dieses
Verbandes, dem Nationalverbande der Baugewerkschaften, der
Liga zur Befreiung der Placierungsbureaus, sowie der fran-
zösischen Arbeiterpartei und der intrinsigantesten Sozialistenliga
einen Aufruf an die Pariser Arbeiter ergehen lassen, in welchem
diesem bekannt gegeben wird, daß das Organisationskomitee der Mais-
feier beschlossen hat, der sozialistischen Fraktion der Kammer
am 1. Mai folgende von dem letzten Pariser Kongresse vorirten
Forderungen zu überreichen: 1. Einföhrung eines geschlichen
Achtstundentages mit einem Rohminutium; 2. Befreiung der
Unterarkorde, der Placierungsbureaus und der Gefängnisarbeit.
Zu diesem Behufe werden die Arbeiter von Paris aufgefordert,
an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen und dadurch ihre
Solidarität mit dem Proletariat der ganzen Welt zu bezeugen.
Ihr werdet nicht ermangeln, Eure Pflicht zu thun. Durch Eure
Bewegtheit werdet Ihr der Delegation beistehen, welche sich
nicht, wie man zu insinuieren sucht, zu den Bourgeois' Ab-
geordneten begeben wird, eine Reform zu erbetteln, sondern zur
sozialistischen Fraktion, die, unterstützt von Euch, die Thore der
reaktionären Zitadelle gesprengt hat, um unsere Befreiungsbahn
dort aufzuwachen. Der Aufruf schließt damit, der Regierung,
die sich als Gesellschaftsdirektorin auszuspielen sucht, nicht in die
Falle zu gehen. Ihr werdet sie bei ihren Bomben und Petarden
lassen. Vergessen wir nicht, daß die belgischen und österreichi-
schen Arbeiterparteien sich große Opfer auferlegen, um das all-
gemeine Wahlrecht zu erringen. Ihr werdet darum mit dem
Stimmzettel den Feind beschließen, um ihm die Gemeinden zu
entziehen, das beste Mittel, uns die Arbeitsbüden zu sichern.
Mit dem Stimmzettel werden wir auch die, welche die Polizei,
die Magistratur und das Landherren gegen die Streikenden richten,
die ihr Recht zu leben fordern, ins Privatleben zurückzuführen.

Auf! und rufen wir alle: Es lebe die sozialistische Vereinigung!

Das Präsidium des Verbandes der Grubenarbeiter von Pass de Calais und des Nord-Departements hat ebenfalls einen Aufruf zur Meißelung erlassen, auf daß die Kohlenarbeiter an dem Tage, wo die Arbeiter der ganzen Welt sich über die Grenzen hinweg die Hände reichen und dem Unternehmertum gegenüber ihr Vertrauen in die Zukunft bekräftigen, in allen Gruben die Arbeit unterbrechen und damit den Regierenden zeigen, daß sie auf keine ihrer Forderungen verzichten. Dieselben lauten: 1. Begrenzung des Arbeitstages auf acht Stunden; 2. Feststellung eines Lohnminimums; 3. Einführung eines obligatorischen Schiedsamtes; 4. Strafbestimmungen gegen diejenigen, die der freien Ausübung der Gewerkschaftstätigkeit Hindernisse in den Weg legen; 5. Errichtung von Bergarbeiter-Prud'hommes (Gewerbegerichten); 6. Errichtung von vom Staate garantierten Hilfs- und Pensionskassen; 7. Votierung eines Gesetzes, das den Sicherheits-Delegierten der Grubenarbeiter ihre volle Unabhängigkeit garantiert und ihnen gleich den übrigen Arbeitern eine Pension für ihre alten Tage sichert.

Auch an allen übrigen Orten Frankreichs rüht sich das organisierte Proletariat vor festlicher Begehung der Meißelung und wird sich dieselbe voraussichtlich in diesem Jahre glänzender denn je gehalten und die Forderungen der Arbeiter stärker denn je in die Ohren der herrschenden Klassen gellen.

Zum internationalen Bergarbeiter-Kongress. Einem Briefe des französischen Abgeordneten L a m e n d i n, gewählt von den Bergarbeitern des Pass de Calais, entnehmen wir, daß die Zahl der französischen Delegierten, die am 13. Mai in Berlin einzutreffen gedenken, ungefähr zehn betragen wird.

Die Leiter der gemäßigten Pariser Arbeitsbörsen haben einen Kongress sämtlicher französischen Arbeitergenossenschaften nach Lyon berufen, um über die künftige Gestaltung der französischen Arbeitsbörsen zu beraten.

Trifft. Das englische Unterhaus hat die das irische Zwangsgehege aufhebende Bill mit 254 gegen 194 Stimmen zur zweiten Lesung angenommen. Von Seiten der Regierung wurde die Bill unterstützt.

Die Erhöhung der direkten Steuern in England. Wir berichteten unlängst, daß die englische Regierung zum Zwecke der Deduktion des Defizits die Erhöhung einiger indirekter Steuern vorgeschlagen hat. Außerdem hat sie aber eine Erhöhung der direkten Steuern bei gleichzeitiger Entlastung der kleinen Einkommen ins Auge gefaßt. Dem Berichte der „Frankfurter Zeitung“ folgend, teilen wir hierüber das folgende mit:

Table with 2 columns: Vermögen bis zu, pSt. (Income tax rates for different wealth brackets)

Von dieser Steuer erhofft der englische Finanzminister Harcourt in späteren Jahren eine Mehreinnahme von 60 bis 80 Millionen M., für's erste jedoch nur von 20 Millionen. Zuletzt wandte er sich noch der Einkommensteuer zu. Wie im Vorjahre will er sie um einen Penny (8 1/2 Pf.), von 7 auf 8 Pence pro Pfund Sterling (ca. 20 M.) Einkommen erhöhen, allein den größten Teil des Mehretrages zur Erleichterung für die niederen Einkommen brauchen. Waren bislang Einkommen unter 3000 M. frei und konnten von denen unter 5000 M. die ersten 2400 M. in Abzug gebracht werden, so sollen nunmehr Einkommen bis zu 3200 M. gänzlich, von denen bis zu 8000 M. 3200 M. und von denen zwischen 8000 und 10 000 M. 2000 M. frei ausgehen. Diese unbemittelten Klassen würden demnach trotz der Erhöhung weniger Steuer zahlen als bislang.

Die nordamerikanischen Bimetallisten wollen England, das seine Goldwährung unter keinen Umständen aufgeben will, zum Nachgeben zwingen. Dies wird ihnen aber nicht gelingen. Ein Londoner Telegramm meldet:

Große Entrüstung hat hier der Antrag hervorgerufen, welchen Lodge im Senate zu Washington eingebracht hat. Derselbe geht dahin, gegen die aus England und den englischen Kolonien kommenden Waaren einen Differenzialzoll festzusetzen und England zu zwingen, sich mit den Vereinigten Staaten über die Bimetallismusfrage zu verständigen.

Krankenversicherung für Arbeiter in Norwegen. Die norwegische Regierung hat dem Storting einen Gesetzentwurf betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter gestellt. Nach dem Entwurf wird angenommen, daß die Beiträge vollständig die Kosten decken würden; sollte sich trotzdem einmal eine Unterbilanz ergeben, so hätten die Gemeinden dafür aufzukommen, da die Regierung der Ansicht ist, daß die Kommunen erheblich hinsichtlich der Armenpflege durch die Krankenversicherung entlastet werden, und daß eine bessere Kontrolle möglich sein wird, wenn die Landes-Krankenkasse nach Kommunen eingeteilt wird und diese die ökonomische Verantwortung für ihren Teil übernehmen. Die Unfallversicherungs-Vorlage ist wieder weiter hinausgeschoben worden. Diese Frage soll erst in Verbindung mit der Invaliditäts- und Altersversicherung geordnet werden. Wie heißt es doch in dem hübschen Liede: „Und unterdeß vergeht die Zeit!“ Ja, ja, gut Ding will Weile haben!

Brasilien. Nach den neuesten Berichten kann der Zustand als erloschen betrachtet werden. Dagegen scheint die Unabhängigkeits-Erhebung des Staats Rio Grande — die Republik Brasilien besteht aus zwei vereinigten Staaten — noch nicht zu Ende zu sein. Auch dieser Erhebung ist bekanntlich der Anschluss an die — weiland sehr kräftig sich entwickelnde — Nachbarrepublik Uruguay.

Parteinachrichten.

Die Parteiversammlung des 15. sächsischen Reichstags-Wahlkreises in Wittgenstorf am 8. April war aus allen fünf Wahlbezirken äußerst stark besucht. Aus dem Bericht über den Stand der Presse ist zu entnehmen, daß sich die Parteidruckerei recht gut entwickelt hat. — Der Pressenausschuss besteht jetzt aus den Genossen Gustav Semmler-Eimbach, Karl Fischer-Mittweida und Christian Köhler-Burgstädt. Zu Vertretern für die Landeskonferenz der Provinz Sachsen werden Haut-Ebersdorf für den Frankenberger, Otto Böhm-Wittgenstorf für den Eimbacher und Peter Braun für den Burgstädtler Wahlkreis gewählt.

Staatsgefährlich werden jetzt auch die Gesangsvereine, sobald sie andere, als alt hergebrachte, echt vaterländische Lieder singen. Dem Vorstand des Gesangsvereins „Liedesfreiheit“ in Landrecht ging unter dem 14. April folgendes Schreiben des Bezirksamts zu Reustadt in Baden zu:

Da die Mehrzahl der Mitglieder des Gesangsvereins dem sozialdemokratischen Verein zur Erzielung volksthümlicher Wahlen angehören und die Mitglieder des Vorstandes des Gesangsvereins zugleich Mitglieder des Vorstandes des dortigen Vereins für volksthümliche Wahlen sind, so ferner sich der Gesangsverein an der Versammlung der Konferenz der sozialdemokratischen Partei des 11. sächsischen Wahlkreises durch Ab-singen politischer Lieder beteiligt hat, so hat die unterfertigte Behörde die Ueberzeugung gewonnen, daß der Gesangsverein „Liedesfreiheit“ ein politischer Verein ist.

Demgemäß ergeht die Aufforderung, die Minderjährigen sofort aus dem Verein auszuschließen, die Statuten unter genauer Angabe des Zweckes des Vereins entsprechend abzuändern und in dreifacher Ausfertigung vorzulegen, widrigenfalls weiter gegen den Verein vorgegangen wird. Die etwaige Erinnerung des Vorstandes ist zu Protokoll zu nehmen und hierher vorzulegen.

Genosse Hennig in Breslau ist nach 6 Monaten Gefängnis der deutschen Freiheit wiedergegeben.

Genosse Dr. Diederich ist gestern nach Münster abgereist, um den 7-monatlichen Rest seiner wegen Preßvergehen erhaltenen Gefängnisstrafe abzuhängen. Zur Zeit weilen im Gefängnis zu Münster vier Sozialdemokraten, drei davon wegen Preßvergehens und einer wegen Streikhandlungen bestraft. Es sind das die Genossen Dr. Diederich, Voigt, Schönwald und Naue-Herlorn, die insgesammt 45 1/2 Monat zu verbüßen haben.

Tafel-Deutlich. Wir theilten bereits kurz mit, daß die Dattmunder Parteigenossen beschlossen haben, dem Genossen Tafel ein Denkmal zu setzen. In der Nr. 90 vom 18. d. Mts. der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ erlassen die Dortmunder Parteigenossen einen längeren Aufruf, in welchem sie der Verdienste des Toten gedenken und am Schlusse die Genossen im Lande dazu auffordern, das Komitee durch Geldbeiträge zu unterstützen. Sendungen sind zu richten an W. Siebel, Westerblichstraße 42.

Zwei württembergische Parteikonferenzen finden am Sonntag, 22. April statt; für den 2. Reichstags-Wahlkreis (Bezirk Waiblingen) Mittags 11 Uhr in Nord im Gasthaus zum „Ewigen“, und für den 11. Reichstags-Wahlkreis Vormittags 10 Uhr im Hall im Gasthaus zur „Schwäne“. Tagesordnung: Die bevorstehenden Landtagswahlen u.

Das Agitationskomitee für das östliche Westfalen theilt mit, daß der Genosse F. v. Wächter vom 19. April ab eine Agitationstour durch das östliche Westfalen angetreten hat. Vorbereitungen für Versammlungen an den einzelnen Orten haben die Vertrauensmänner sofort zu treffen und darüber an Dr. Schumann in Bielefeld zu berichten.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Gewerkschaften! Meißelung! Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission giebt den Gewerkschaften Berlins nochmals die Resolution bezüglich der Meißelung bekannt:

Die Versammlung der Berliner Gewerkschafts-Kommission fordert die Arbeiter Berlins auf, am 1. Mai Vormittags die von der Berliner Gewerkschafts-Kommission einberufenen resp. bekannt zu gebenden Gruppenversammlungen zu besuchen. Den Arbeitern derjenigen Berufe, die bereits Versammlungen zum 1. Mai festgesetzt haben, wird anheimgegeben, in diesen vollständig am Platze zu sein; damit die Feier eine wirkungsvolle und keine zersplitterte werde. Außerdem wurde der Beschluß gefaßt, daß die Versammlungsanzeigen dem Gewerkschaftsbureau, Rosenstr. 28, übersenden sollen, damit dieselben von dort aus, nach Gruppen geordnet, dem „Vorwärts“ zur Bekanntmachung übergeben werden können. In diesen Versammlungsanzeigen ist bekannt zu geben, in welchem Lokal, zu welcher Stunde und mit welchem Referenten die Versammlungen stattfinden; dasselbe ist bei den Industriegruppen-Versammlungen zu beachten, sofern diese von den Gruppen selbst veranstaltet werden.

Ferner wird noch bemerkt, daß die Gewerkschaften und Berufe, die sich an den Industriegruppen-Versammlungen betheiligen wollen, etwa 1 Stunde vor dem Anfang der Gruppenversammlungen sich in ihren eigenen Versammlungsorten zusammenfinden können, um die Zahl der Festbetheilnehmer aus der eigenen Gewerkschaft festzusetzen; von diesen Lokalen aus haben sich die einzelnen Gewerkschaften dann rechtzeitig zu den Gruppenversammlungen hinzubegeben.

Die Einberufung der Gruppenversammlungen und die Besorgung der Referenten finden von der Gewerkschafts-Kommission jedoch nur dann statt, wenn an das Bureau derselben ein diesbezügliches besonderes Verlangen gestellt wird.

Mit solidarischen Grüßen
Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

An die Töpfer und Berufsgenossen Berlin und Umgegend! In der öffentlichen Versammlung der Töpfer am 10. April wurde der Beschluß gefaßt, daß die Kollegen aus jedem Bau aus ihrer Mitte einen Kollegen wählen sollen, welcher alle gewerkschaftlichen Angelegenheiten im Interesse unserer Bewegung zu regeln hat. Der betreffende Kollege soll dafür sorgen, daß am Sonnabend regelmäßig jedem Kollegen die Gelegenheit geboten wird, seine Beiträge für den Verein, wie auch zum Generalfonds abzuführen zu können. Gleichzeitig soll derselbe über jeden etwa geplanten Lohnabzug oder jede Maßregelung unserer händigen Arbeitsvermittler rechtzeitig unterrichten, damit nöthigenfalls sobald wie möglich die Kollegen dazu Stellung nehmen können. Der Vertrauensmann des Baues braucht nicht immer der betreffende Auskoulterer zu sein, vielmehr sollen die Kollegen unter sich denjenigen damit betrauen, der sich nach ihrer Ansicht dazu eignet. Kollegen! Es handelt sich darum, den Zusammenschluß der Berufsgenossen durch diese Thätigkeit herbeizuführen, deshalb bitten wir Euch, kommt unserer Aufforderung nach, und sendet die von Euch ernannten Kollegen am Sonnabend, den 21. April nach der Gipsstr. 3, damit sie sich Eurer Austrage entledigen können.
G. Meijer, Vertrauensmann der Töpfer.

An die Töpfer und Berufsgenossen in Berlin und Umgegend! Kollegen! Einmüthiger als bisher hat sich das Unternehmertum zusammengeschlossen, um mit vereinten Kräften gegen uns den Kampf zu führen, befreit, und das zu entreißen, was wir durch langjährige Mühe und Arbeit errungen haben. Selbst die besseren Elemente in den Unternehmertreibern werden durch die Konkurrenz gezwungen, die Löhne zu brücken und die Arbeitszeit zu verlängern.

Niemals wird das Unternehmertum aus eigenem Antriebe unsere Lage verbessern oder gegen die Auswüchse in ihren eigenen Kreisen mit Eifer ankämpfen. Was kümmert sich der Arbeitgeber darum, ob der Arbeiter von seinem Lohn leben kann, für ihn ist der Arbeiter nur ein Ausbeutungsbjekt, für ihn handelt es sich nur um die Größe des Profits. Der Arbeiter muß sich deshalb auf seine eigenen Kräfte verlassen. Wer also seine Lage erkannt hat und nicht will, daß die Lohnbrücker weiter geübt wird, wer es verhindern will, daß er ein Spielzeug des Kapitalisten wird, dessen heiligste Pflicht ist es, sich dem bestehenden Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer und Berufsgenossen anzuschließen. Nur durch eine Vereinigung ist es möglich, die feindlichen Bestrebungen der Meisterverbände und Innungen, die dahin gehen, die Arbeiter mundtot und rechtlos zu machen, mit Erfolg abzuwehren. Neben diesen Aufgaben sorgt der Verein für die Unterstützung seiner Mitglieder in Rechtsstreitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnis entstehen, für Unterstützung im Lohnkampf und bei Wohnregelung und gewährt in Krankheitsfällen eine wöchentliche Unterstützung.

In folgendem geben wir die Zahlstellen des Vereins bekannt: für den Osten: Restaurant Wille, Andreasstr. 26; für den Süden: Restaurant Schwarzkopf, Kalischerstr. 11; für den Westen: Restaurant Grafender, Zieten- und Schwerinstrasse-Gde; für den Norden: Restaurant Schayer, Brunnenstr. 44; für Moabit: Restaur. Müller, Stromstr. 37; für Steglitz: Rest. Gambinus, Wilmstr. 13a; für Friedrichshagen: Restaur. Bandelow, Wilhelm- und Linden-Allee Gde; für Köpenick: Restaurant Markten, Grünstraße 60; für Friedrichsherg: Restaurant Lange, Martenbergerstr. 67; für Weihensee: Restaurant Damrath, Charlottenburger- und Wilhelmstrassen-Gde; für Pankow: Restaur. Tausendfreund, Mühl- und Maximilianstrassen-Gde; für Charlottenburg: Restaurant Bernicke, Krumme Straße; für Rixdorf: Restaurant Nummer, Berlinerstraße 136; für Spandau: Restaurant Rieder, Lianenstr. 35; im Zentrum der Arbeitsnachweis, Gipsstr. 3, welcher täglich geöffnet ist. In den übrigen Zahlstellen werden Sonnabends, Abends von 8 bis 9 Uhr, Beiträge entgegen-, sowie Mitglieder aufgenommen.
Der Vorstand.
J. A.: Richard Tapp, Gipsstraße 3.

Der Streik der Maurer in Wittenbergs dauert unverändert fort. Die Unternehmer bieten einen Stundenlohn von 22—27 Pfennigen. Die Lohnkommission ersucht nochmals, Zugzug streng fern zu halten.

Der Schuhmacherstreik in Burg wird sich auf alle größeren Fabriken ausbreiten. Die Unternehmer gebieten alle zu einem Ring und mit Ausnahme der Firma Schübe haben alle ihren Arbeiter gekündigt. Der Kampf wird ein äußerst schwerer werden, da es den Fabrikanten ohne Zweifel um die Wahrung der Organisation zu thun ist. Indem aber die dortigen Schuhmacher sehr gut organisiert sind, so wird es lediglich darauf ankommen, jeden Zugzug von Burg fernzuhalten, um den Arbeitern den Sieg zu sichern.

Zum Tischlerstreik in Wien wird von dort gemeldet: Im Laufe des Tages kam es zwischen den streikenden und den arbeitenden Tischlern in mehreren Orten zu kleineren Ausschreitungen. Gestern haben sich 180 Tischler der Galanteriewaaren-Branche und ein Theil der Bergolder dem Streik angeschlossen; auch in Floridsdorf haben nahezu 500 Tischler die Arbeit eingestellt.

Vermishtes.

Brände. Krakau, 18. April. Bei dem gestrigen Brande in Neu-Sandec sind 183 Häuser, nahezu zwei Drittel der Stadt eingeschert worden. Die brennenden Holzstücke fliegen insolge des heftigen Windes bis zu einem drei Kilometer entfernten Vorwerke, welches total abgebrannt ist. Militär und Gendarmerte halten die Ordnung aufrecht und bewachen das geredete Gut. Der Schaden wird auf eine halbe Million Gulden geschätzt. — Wien, 19. April. Infolge der andauernden Dürre fanden in den Ostschichten Börsching und Obritz in Nieder-Oesterreich, sowie Kraly-Gelme und Jilava in Ungarn große Brände statt. Ueber hundert Wohnhäuser, viele Scheunen und Stallungen sind niedergebrannt. Der Schaden ist groß. Drei Menschen haben bei den Bränden das Leben verloren. — Budapest, 19. April. Die Ostschaft Pöllsding bei Odernburg ist niedergebrannt. Ueber 30 Wohnhäuser sind zerstört worden. Eine Person ist in den Flammen umgekommen. — Ungarisch-Grabsich (Mähren), 17. April. Ein großer Brand wüthet hier seit Mittag. Achtehn Häuser sind eingeschert, darunter die Mäcker- und die Bürgerschule, der Gasthof zum Grünen Baum, das Franziskaner-Kloster sammt der Kirche, deren Thürme einstürzten. Es ist gerade Jahrmart und deshalb sichtbare Aufregung. Der Oberrath Franz Komarek, ein durch Sacht gekannter alter Herr, sollte durch ein Fenster aus seinem brennenden Hause gerettet werden, fürzte aber hinab und blieb todt.

Witterungsübersicht vom 19. April.

Stationen.	Barometerstand in mm. redb. auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (0° = 32° F.)
Swinemünde	759	O	2	wolfig	9
Hamburg	761	O	1	heiter	11
Berlin	759	NO	2	bedeckt	9
Bielefeld	758	NO	1	bedeckt	11
München	755	W	3	wolfig	10
Wien	759	StN	1	halb bedeckt	9
Baparanda	772	O	4	halb bedeckt	3
Petersburg	766	NO	1	Schnee	-1
Coel.	767	W	1	heiter	9
Aberdeen	768	NO	2	halb bedeckt	8
Paris	759	NO	1	wolfig	13

Witterung in Deutschland am 19. April, 8 Uhr Morgens. Bei gleichmäßig vertheiltem Luftdruck und schwachen Winden aus wechselnder Richtung ist das Wetter in einigen Gegenden, namentlich des Nordwestens, wieder heiter und trocken. Im Allgemeinen herrscht jedoch bewölkt Himmel vor, besonders im Ostseebiet und in Süddeutschland, wo gestern Nachmittag und Abend Gewitter stattfanden. In Chemnitz und Mühlhausen i. S. hält auch heute der Regen noch an. Die Temperatur ist im Südwesten ein wenig weiter gesunken, bis auf 7° C. in Kaiserslautern; am höchsten ist sie gegenwärtig an der Ostsee (Neufahrwasser 13, Riemel 12° C.)

Berliner Wetterbureau.

Wetter-Prognose für Freitag, den 20. April 1894. Ein wenig kühleres Wetter mit nördlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate über- nimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 20. April.
Opernhaus. Lohengrin.
Schauspielhaus. Hamlet.
Deutsches Theater. Geographie und Liebe.
Berliner Theater. Die Jungfrau von Orleans.
Festung-Theater. Niobe.
Friedrich-Wilhelmsstadt. Theater. Der Bettelstudent.
Residenz-Theater. Defloriert.
Neues Theater. Ebehlid.
Central-Theater. Der neue Kurs.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitan Grant.
Alexanderplatz-Theater. Die Nachtulen von Paris.
National-Theater. Der Trompeter von Säckingen.
Theater Unter den Linden. Pariser Leben. Hierauf Columbia.
American-Theater. Lumpen - Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Wintergarten. Spezialitäten - Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten - Vorstellung.
Apollon-Theater. Spezialitäten - Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten - Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten - Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 152.
Nur einmalige Aufführung.
Der Trompeter von Säckingen.
Romantisches Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von Julius Keller u. Emil Hildebrand.
Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: Der Glöckner v. Notre-Dame.
Sonntag Nachmittag 3 Uhr: Im Garten: Grosses Konzert und Spezialitäten - Vorstellung. Auf der Sommerbühne: Aufführung von Charley's Tante und Bajazi.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Zum 13. Male:
Der neue Kurs.
Poffe mit Gesang in 3 Akten von Leopold Ely.
Musik von Julius Emdenhofer.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: „Der neue Kurs“.

Adolph Ernst-Theater.

Seute:
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazi.
Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété.

Gänzlich renoviert!
Neue Direction.
Elektr. Beleuchtung.
Englisch:
Große Künstler-Spezialitäten - Vorstellung.
Auftreten von Künstlern I. Ranges.
Kapelle 24 Mann stark.
Anfang 8 Uhr.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Vornehmster Familien-Anfenthalt.
Neu! Höllenqualen. Neu!
Poffe in 1 Akt von Bernhard.
Neu! Gingegeist. Neu!
Operette in 1 Akt v. A. Arronge.
Auftreten sämtl. Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree: Wochentags 20 Pf.
Sonntags 30 Pf.
R. Winkler.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
Welt u. größt. Etablissement Berl.
Täglich bei freiem Entree
abwechslndes Programm
der österreichischen Damenkapelle
„Dittl“
in kleinrussischen Nationalkostümen.
Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges,
sowie Auftreten der nordamerikanisch.
Regergesellschaft Mr. Brown.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
3 Regeltischen. 6 Billards, pro
Stunde 60 Pf.
C. Koch, ft. Gambrius.
Säle für Versammlungen
und Festlichkeiten
sind noch an verschiedenen Tagen
zu haben.

Castan's Panoptikum.

Im 9. Kreise der Hölle:
Der Hufsch a. d. Nasirmesser.
Elite-Damenkapelle Austria.



Passage-Panoptikum.
Vorügl. Panoramen,
Dioramen, Wachs-
gruppen etc.
Großer Erfolg von
Schiller's
Glocke
Musik von Romberg.
Dargestellt in 15 lebend. Bildern.

Victoria-Brauerei,

Lühnowstraße 111-112.
Jeden
Freitag, Sonntag u. Montag:
Stettiner
Sänger
Anfang
8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im
Vorverkauf
40 Pf.
(S. Plakate).
Zum Schluss: Neu!
Die Zigeunerkapelle.
„Benzin Gullasch“.
Parodistisches Ensemble.
Sonntag: Viktoria-Brauerei.

Nur noch kurze Zeit.

Circus Renz.
(Karlstraße).
Freitag, den 20. April:
Abends 7 1/2 Uhr:
Auf auf zur fröhlichen Jagd!
Parforce- u. Kaschadenritt. Ballet von
100 Damen. Reute von 40 Hunden.
Außerdem: 6 Rappen und Karussell
von 30 Pferden, vorgef. von Herrn R.
Renz; Mikado und der Steiger Solon,
ger. v. Frau Renz - Stark; der Pomny
Polichinell, vorgef. v. Herrn Lavater
Leo; die Handarbeitende Gebr. Detroit;
die Luftgymnastin Gebr. Wortley etc.
Sonabend: Benefiz f. d. „August“
Mr. Lavater Leo.
Sonntag: 2 Vorstellungen.
Fr. Renz, Direktor.

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein d. Bau- u. gewerbl. Hilfsarbeit. Berlins.

Sonntag, den 22. April, Vormittags
11 Uhr, im Lokal des Hrn. Saeger,
Grüner Weg 29:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht vom I. Quartal.
2. Berathung der Statuten.
3. Vereinsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Jedes Mitglied ist verpflichtet, zu
erscheinen, da es sich um hochwichtige
Sachen handelt.
126/20 Der Vorstand.
Gekauft werden jede Anzahl weiße
Mäuse, Langmäuse, Padtkauben, Meer-
schweine, Mehlwürmer, Kaninchen,
Vogelbauer, Kanarienvogel, alle Arten
Tauben. Redtmann, Madaistr. 2,
am Schlesiischen Bahnhof. 3086b

Unserem Sangesbruder, dem Restaurateur Herm. Paul, zum heutigen Wiegensfest ein dreimal donnerndes Hoch, das ein großes Schwein mit den Ohren schüttelt und sich einen Stiebel auszieht. 3081b
Die Sangesbrüder aus „Concordia“.
Warme hiermit Jeden, meiner von mir getrennt lebenden Frau etwas zu borgen, da ich für nichts auskomme. 3090b
W. Mesch, Zykestraße 27, N.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter
(S. S. 29)
Hamburg, Filiale IV, Berlin.
Sonabend, 21. April, Abds. 8 1/2 Uhr,
bei Schlüter, Kleine Markussstr. 10:
Außerordentliche
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
Wahl eines Delegierten (Erfahrungswahl für den verstorbenen Genossen Albert Meyer). 224/16
Der Bevollmächtigte.
A. Gorn, Subenerstr. 8.

Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen!

Letzte Bezirks-Versammlung
Freitag, 20. April: Norddeutsche Brauerei,
Chausseestraße 58.
Alle Buchdrucker-Arbeiter und -Arbeiterinnen werden zu dieser Versammlung eingeladen und um volljähriges Erscheinen ersucht.
127/6 Der Einberufer.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Branchenversammlung der Rohrleger u. Gehilfen
am Sonntag, den 22. April, Vorm. 10 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Boltz, Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen P. Jahn über: „Die volkswirtschaftlichen und sittlichen Wirkungen des Achtstundentages“. 2. Diskussion. 3. Vorschläge zur Wahl eines Beisizers zum Vorstande. 4. Verschiedenes und Verbandsangelegenheiten. 489/12
Nichtmitglieder als Gäste willkommen.
Die Kollegen der Firma „Noptun“ (Wasserleitungsschäden-Versicherungsgesellschaft) werden hiermit besonders eingeladen.
Zur Beachtung! Die regelmäßigen Branchen-Versammlungen finden jeden Sonntag nach dem 15. im Monat statt.
Montag, den 23. April ev., Abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Former u. Berufsg.
im Lokale des Herrn Müller, Johannistr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Der Streik der Former in Reula. Referent: Kollege A. Körtzen.
2. Diskussion. 3. Vorschläge zur Wahl eines Beisizers zum Vorstande.
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Achtung! Putzer (Maurer)!

Große öffentliche Versammlung
der Putzer Berlins und Umgegend
am Montag, den 23. April, Nachm. 5 Uhr,
im „Louisenstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstr. 37.
Tages-Ordnung:
1. Wie feiern wir den 1. Mai? 2. Vortrag des Genossen Millarg.
3. Diskussion. 4. Bericht des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl desselben. 5. Gewerkschaftliches.
Kollegen! Dies ist die erste Montagerversammlung in diesem Jahre. Eure Pflicht ist es aber nun, auch recht zahlreich zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 22. April, Vormittags 10 Uhr:
3 große öffentliche Versammlungen.
West: Bülowstraße 38 im Lokale Königshof.
Ost: Andreasstraße 21 in Joël's Salon.
Nord: Chausseestraße 88 im Eiskeller.
Tages-Ordnung:
Die Bedeutung des 1. Mai und Stellungnahme zu demselben.
Alle Maurer werden zu diesen Versammlungen eingeladen.
445/16 Die Vertrauensleute der Maurer Berlins.

Achtung! Zimmerer!

Sonntag, den 22. April, Vormittags 10 Uhr,
in Cohn's Festhale (früher Horbert), Seuthstraße Nr. 22, 1 Er.:
General-Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom I. Quartal 1894. 2. Neuwahl der Revisoren.
3. Vortrag über: „Die Chartistenbewegung in England“. Referent Genosse Dr. Pinn. - Wegen der wichtigen Tagesordnung (Abrechnung) werden die Mitglieder ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. [425/15] Der Vorstand.

Schöneberg.

Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter
Schönebergs und Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 22. April,
in „Jacob's Salon“, Grunewaldstraße Nr. 110.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
121/20 Neue Mitglieder werden dort aufgenommen.
Der Vorstand.

Verein Schäftebranche.

Sonabend, den 21. April, Abends 9 Uhr: Versammlung
Wallstraße 20. Bericht der Revisoren. 3080b
ein Buch zur Bierbrauerei
u. 10 Stichel z. Typographie
Gegen Belohnung abzugeben b. Hopps,
N., Schulstr. 49. 3084b
Der heutigen Nummer unseres
Blattes liegt die gefristete Gewinn-
liste der preuss. Lotterie bei.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Seuth-Strasse 2.

Maisfeier-Literatur

Agitations-Schriften.
Arbeiterschutz
und
Achtstundentag.
Von Karl Rautsky.
60 Seiten, Preis 20 Pfg., Porto 5 Pfg.
Arbeiterschutzgesetzgebung
und ihre internationale Regelung.
Von Paul Ernst.
86 Seiten, Preis 15 Pfg., Porto 5 Pfg.
Für den Achtstundentag.
Von D. Zinner.
48 Seiten, Preis 25 Pfg., Porto 5 Pfg.
Der Achtstundentag.
Von R. Seidel.
16 Seiten, Preis 10 Pfg., Porto 5 Pfg.
Verkürzung der Arbeitszeit.
Erfahrungen
und Urtheile von Geschäftleuten.
Von Rudolf Morf.
92 Seiten, Preis 20 Pfg., Porto 5 Pfg.

Sozialistische Theaterstücke.

Die Tochter d. Staatsanwalts.
Schwank in einem Akt v. M. Regel.
Preis 30 Pfg., Porto 5 Pfg.
10 Expl. (nützige Rollenpart.) 2,50 Mk.,
Porto 10 Pfg.
Wieder ein Kämpfer!
Charakterbild aus dem Arbeiterleben
von B. Krause.
Preis 30 Pfg., Porto 5 Pfg.
7 Expl. (nützige Rollenpart.) 1,80 Mk.,
Porto 10 Pfg.

Gedichte. Prologe.

Karl Wendell:
Buch der Freiheit.
2 Hefte in elegantem Umschlag.
Preis pro Band 1,75 Mk. Porto 30 Pfg.
Komplet in Prachtband geb. Mark 5,00.
Porto 30 Pfg.

Trübnachtigall.

Inhalt: Glühende Stiefel (Wasservogel).
Grünbeutchenland.
Preis broschirt 1,50 Mk., geb. 2,00 Mk.
Porto 20 Pfg.

Poetisches Skizzenbuch.

Preis gebunden 3,50 Mk., Porto 10 Pfg.

Diorama.

Preis 3,00 Mark. Porto 20 Pfg.

Amselkruse.

Preis 2,00 Mark. Porto 20 Pfg.

Strophien.

Preis 1,80 Mark. Porto 20 Pfg.

Aus meinem Liederbuch.

Preis 7,00 Mark. Porto 30 Pfg.

Deutsche Arbeiter-Dichtung.

Eine Auswahl Lieder
und Gedichte deutscher Proletarier.
Ed. 1. W. Gasentier, G. Erdm. J. Gey.
Ed. 2. H. Juchacz. Ed. 3. H. Gassant.
Ed. 4. M. Regel. Ed. 5. J. Schru.
Preis pro Band, eleg. gebunden Mk. 1.
Porto 10 Pfg.

Sozialistische Gedichte zum 1. Mai.
Preis 20 Pfg. Porto 5 Pfg.
Gelegenheits-Gedichte
und
Prologe für Arbeiterfeste.
Von Manfred Wittich.
Preis 75 Pfg. Porto 10 Pfg.
Gebunden 1,80 Mark. Porto 20 Pfg.
Paketen u. Leuchtflugeln.
Eine Festgabe zum 1. Mai.
Von S. Kolosky.
Preis 20 Pfg. Porto 5 Pfg.
Bei Bezug von auswärts empfiehlt es sich,
bei kleineren Bestellungen den Betrag in
Postmarken gleich beizufügen, bei größeren
Aufträgen vorherige Einlenbung, um die
Nachnahmekosten zu sparen.

Parlamentarische Berichte.

Deutscher Reichstag.

86. Sitzung vom 19. April 1894, 11 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf v. Caprivi, v. Bötticher, Graf v. Posadowsky, v. Marschall, Riederding.

Eine Reihe von Petitionen werden als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erklärt.

Zur dritten Beratung des Waarenzeichen-Gesetzes haben die Abgg. Hammacher, Schmidt-Eberfeld, Müller-Harburg und Bebel die Streichung des auf Antrag Noeren in zweiter Lesung beschlossenen § 15b (Bestrafung der concurrence déloyale, des unlauteren Wettbewerbs im Waarenverkehr) beantragt.

Eine Generaldiskussion wird nicht beliebt.

In der Spezialdebatte wird nur der § 15b erörtert.

Staatssekretär v. Bötticher: Wie ich schon in zweiter Lesung ausführte, ist der Gesetzentwurf ernstlich gefährdet, wenn § 15b in demselben stehen bleiben sollte. Heute kann ich diese Befürchtung in noch schärferer Form zur Geltung bringen. Den unlauteren Wettbewerb anlangend, wiederhole ich die Versicherung, daß ich ernstlich bemüht sein werde, bis zur nächsten Session dem Hause einen Gesetzentwurf vorzulegen, der nach dieser Richtung hin Maßregeln vorschlägt.

Abg. Noeren (Z.) bedauert die ablehnende Haltung der verbündeten Regierungen zu dieser Frage. Das Ergebnis der ganzen Diskussion dieser Frage habe gezeigt, daß wir in Deutschland noch weit davon entfernt seien, uns auf den freien Standpunkt der französischen Gesetzgebung zu stellen.

Abg. Hammacher (natl.): Eine weitere Diskussion kann zu nichts führen. Ich nehme nur Gelegenheit, dem Minister für die Bereitwilligkeit zu danken, mit welcher er die Gesetzgebung des Reiches auf diesem Gebiete alsbald in Thätigkeit zu setzen versprochen hat. Die Befreiung der vorhandenen Marken darf aber nicht durch strafrechtliche, sondern nur durch zivilrechtliche Bestimmungen zu erreichen gesucht werden.

Abg. Jacobsdötter (ol.): Bei der Zwangslage, in die wir versetzt werden und im Vertrauen darauf, daß die Regierung ihr heute gegebenes Versprechen einlösen wird, werden wir die Vorlage auch ohne § 15b annehmen.

Abg. Böckel (Ant. Ref. P.) bedauert ungemein, daß der erste Anlauf zu einem kräftigen Vorstoß gegen den Schwindel-Waarenverkehr durch die ablehnende Haltung der Regierung wieder wirkungslos bleiben soll. In bezug auf die Versprechungen der Regierung sei er nach den Vorgängen bei der Militärvorlage sehr mißtrauisch geworden und werde nicht eher an das jegliche Versprechen glauben, als bis er die Vorlage vor sich sehe. Der Antrag Noeren biete endlich eine Handhabe zur Bekämpfung der Schwindelwaarenverkäufe u. dgl. Da ziehe die Regierung ihre Hand zurück. Ihm sei der Spatz in der Hand viel lieber, als die Taube auf dem Dach, der Antrag Noeren viel lieber, als alle schönen Bemühungen des Staatssekretärs.

Für § 15b stimmt jetzt das Zentrum mit den Antisemiten. Der Paragraph ist gestrichen; entsprechend wird auch die Ueberschrift geändert.

Im Uebrigen wird die Vorlage unverändert in ihren weiteren Bestimmungen und schließlich auch im Ganzen angenommen.

Bei der Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen des Reichs pro 1892/93 bemerkt

Abg. Gröber, daß es sich hier um 40 Millionen Staatsüberschreitungen handelt, über deren Verbleiben man nur einen mündlichen Bericht erhalten habe, der gestern in den Beratungen spurlos untergegangen sei. Ueber diese wichtigen Dinge bedürfe es eines ausführlichen schriftlichen Berichtes, man möge daher die Vorlage absehen und auf die Sache in der nächsten Session zurückkommen.

Abg. Baasche (natl.) als Referent der Rechnungscommission führt aus, daß die 40 Millionen Ueberschreitungen sich bei näherem Zusehen auf 19 Millionen reduzieren, da der Restbetrag das Plus an Ueberschreitungen darstelle. Die Commission habe aber auch ihrerseits lebhaft bedauert, daß so starke Ueberschreitungen vorgekommen sind; nachdem diese Summen aber einmal ausgegeben waren, konnte sie nichts anderes thun, als die Genehmigung ertheilen und eine Resolution annehmen, welche Remedur fordert. Diese Resolution sei gestern auch bereits angenommen worden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Ueberschreitungen hätten sämmtlich auf unabweisbare Bedürfnisse hin erfolgen müssen. Abhilfe sei nur möglich, wenn jeder einzelne Etatstitel noch sorgfältiger als bisher geprüft werde, andererseits werde der Schatzsekretär sich ernstlich bemühen, in Zukunft solche hohen Ueberschreitungen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Abg. Hintelen (Z.) hält nach diesen Ausführungen die Annahme des Antrages Gröber für um so notwendiger. Von einer mangelhaft besetzten Commission sei die Sache behandelt worden und offenbar noch nicht spruchreif.

Abg. Richter: Die Ankündigung des raschen Schlußes der Session hat auch die Rechnungscommission zu dieser überstürzten Arbeit veranlaßt. Was nicht alle Staatsberatungen, wenn man es nachher mit der Ueberschreitung so leicht nimmt. Bisher habe die Rechnungscommission stets schriftlich über solche Fälle berichtet. Ausgeschlossen sei ja auch nicht, die Genehmigung zu verweigern; aber auch in den Fällen, wo dies nicht angezeigt sei, habe die schriftliche Berichterstattung ihre große Bedeutung für den Reichskanzler, wie für das Parlament. Wir haben hier nicht die Aufgabe, noch möglichst viel Journalnummern zu tödten, sondern wir haben nur noch zu erledigen, was sachlich erledigt werden muß.

Abg. Schoenlauf (Soz.): Den Vorstehenden der Commission trifft für die Ueberschreitung keine Schuld. Wir werden für den Antrag Gröber eintreten, da die Ueberschreitungen so unerhört groß sind, daß eine genaue Nachprüfung vorgenommen werden muß.

Abg. v. Frege (ol.) erkennt ebenfalls an, daß die Höhe der Ueberschreitungen ungewöhnlich ist und stimmt im Interesse einer sachlichen Prüfung der Zurückverweisung der Uebersicht an die Commission zu. Die Ueberschreitungen stammen zum Theil daher, weil zu hohe Einnahme-Anschläge in den Etat gesetzt waren.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Den verbündeten Regierungen kann es nur erwünscht sein, wenn eine recht gründliche Prüfung erfolgt und in der nächsten Session die Uebersicht eine ausführliche Erörterung in aller Öffentlichkeit erfährt.

Nachdem noch die Abg. v. Wenzig und Richter sich zur Sache geäußert, wird der Antrag Gröber angenommen.

Der Antrag Setat (10 400 M. für 3 ständige Mitglieder des Patentamtes, welche wegen der dem Amt übertragenen Funktionen auf Grund des Waarenzeichen-Gesetzes neu ange stellt werden müssen) zum Etat für 1894/95 wird definitiv genehmigt, ebenso die Vorlage, betreffend den Schutz der Briefstaben und den Brieftaubendruck im Kriege.

Es folgt die dritte Beratung der Novelle zum Stempelsteuer-Gesetz. In der Generaldiskussion bemerkt

Abg. Graf Arnim (Sp.), daß die abgelehnten weitergehenden Anträge, namentlich bezüglich der Quittungssteuer, bei der jetzigen Geschäftslage nicht wieder aufgenommen, aber später dem Reichstage wieder vorgelegt werden sollen. Die ausländischen

Dividendenpapiere hätte eine viel höhere Steuer vertragen können. Man habe aber dieselbe auch mit dem Widerstand der Reichsbankverwaltung zu thun gehabt. Den Ergebnissen der Börsenquete sei nur in ganz ungenügendem Umfang Rechnung getragen worden. Leider sei dem Bankier die Freiheit, mehr Stempel seinen Kommittenten zu verrechnen als er selbst vorauslag habe, belassen worden.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Es hat sich in der Commission gezeigt, daß jeder Weg, der dahin führen soll, daß jeder Bankier nur den vorausgelegten Stempel erhebt, dar-, ungangbar ist. Jede vorgeschlagene Formulierung hat sich als juristisch unhaltbar erwiesen. Aus diesem Grunde hat sich die Commission darauf beschränken müssen, eine Resolution in der gedachten Richtung vorzuschlagen. Daß die Mitglieder des Reichsbank-Direktoriums die Interessen der Börsenkreise in nicht zulässiger Weise vertreten hätten, muß ich zur-Zweifel. Möglich ist, daß wir zu einer Milderung des Börsensteuer-Gesetzes kommen, die Voraussetzung aber ist ein Börsen-Organisationsgesetz.

Abg. v. Mantuffel (ol.): Die Nothwendigkeit einer deutschen Finanzreform ist in den letzten Monaten immer dringender geworden. Die Einnahmen aus den Zöllen sind durch die Handelsverträge um 35-40 Millionen herabgemindert; in der Steuercommission hat am Montag der Schatzsekretär evident nachgewiesen, in welcher Finanznoth sich Reich und Einzelstaaten befinden. Es zeigt sich immer mehr, welchen Fehler der Reichstag machte, indem er das Reformgesetz nicht vorweg in Beratung nahm. (Sehr wahr! rechts.) Daß auch die Sozialdemokraten sich gegen die höhere Heranziehung der Börsen aus-sprechen, mag wohl aus einem anderen, einem Klassenzusammenhang herrühren. (Sehr gut! rechts.) Thatsächlich ist übrigens auch von den Vertretern der verbündeten Regierungen gegen unsere Anträge eingewendet worden, wir dürfen dies und das nicht machen, sonst würde die Börse solche Geschäfte im Inlande überhaupt nicht mehr machen. Ob das zutrifft, kann doch nur die Erfahrung lehren. Es ist ein Unglück, daß ein Börsen-organisationsgesetz auf Grund der Enquete nicht bereits vorgelegt war, auf Grund dessen man strengere Bestimmungen für die Börse und das mobile Kapital überhaupt hätte treffen können. (Zustimmung rechts.)

Abg. Speiser (südd. Sp.): Wir stimmen für die Vorlage, weil wir glauben, daß diejenigen die Lasten der Militär-vorlage tragen sollen, welche sie am besten tragen können, nämlich die Börse.

Abg. Richter: Die Steuergesetze vor der Finanzreform-Vorlage zu beraten, hat uns das Zentrum vorgeschlagen. Die Herren rechts nehmen es mit der Steuerbelastung ja nicht so genau, namentlich wenn die ostelbischen Grundbesitzer nicht getroffen werden. (Unruhe rechts.) Die Finanzlage für 1894/95 ist keineswegs eine ungünstige. Ganz unrichtig ist es, daß der Schatzsekretär nachgewiesen haben soll, daß es so nicht weiter gehen kann. Die Matrularbeiträge werden nur um 6 Millionen die Ueberschreitungen übersteigen und auch im Jahre darauf nur um 18 Millionen. Was will das gegenüber einem Milliardenetat befragen? Ich bestreite auch, daß das Plus der Matrularbeiträge 1893/94 18 Millionen betragen wird. Das Gesetz, welches wir heute machen, wird sich in der Praxis als nicht haltbar erweisen. Wenn Graf Arnim behauptete, die Erleichterung des Arbitrageverkehrs sei nur darum eingetreten, weil die Regierung mit den Epochen der haute finance Rücksprache gehalten habe, so wundere ich mich, daß der Schatzsekretär einer solchen Behauptung nicht entgegengetreten ist.

Schatzsekretär Graf Posadowsky: Meine Ausführungen am Montag in der Commission gingen von der Voraussetzung aus, daß die Börsensteuer thatsächlich die veranschlagten 24 Millionen einbringt; daß ich aber sehr ungewiß. Ich bedaure, daß ich die von dem Vortredner erwähnte Aeußerung aus der Rede des Grafen Arnim nicht gehört habe. (Zuruf rechts: hat er auch gar nicht gesagt!) Ich würde sie sonst zurückgewiesen haben.

Abg. Singer: Ich habe Herrn v. Mantuffel überschätzt in der Annahme, daß er ein Verständnis habe für die Motive, weshalb meine Partei gegen die Börsensteuer stimmt. Ich muß also diese Motive wiederholen. Wir stimmen gegen die Börsensteuer wie gegen alle Steuervorlagen der Regierungen hauptsächlich des Verwendungszweckes wegen. Wir sind der Meinung, daß diejenigen Parteien, welche die Heeresverfärbung beschlossen haben, die Verpflichtung haben, denjenigen Gesellschaftsklassen die Leistung der Beiträge für die Heeresverfärbung aufzulegen, zu deren Schutz diese Heeresverfärbung beschlossen ist. (Unruhe rechts.) Die Arbeiterklasse hat keine Veranlassung für Steuern zu stimmen, die zur Verstärkung einer Institution dienen, die wir als kulturwidrig und gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet ansehen müssen. Ich muß dagegen Verwahrung einlegen, daß man uns fortwährend Motive unterschieben sucht, die Sie für Ihre Agitation im Lande und im Reichstage verwenden und erklären, daß unsere Motive nicht ein Atom schlechter werden, daß sie der konservativen Partei nicht gefallen. (Lachen rechts.)

In Bezug auf unsere Haltung zur Börsenreform haben die Herren ein kurzes Gedächtniß-Geräde ich habe f. J. eine Fülle von Vorschlägen gemacht für Börsenreform-Gesetze. Niemand verurtheilt die Auswüchse der Börse schärfer als wir, aber es kommt uns etwas komisch vor, wenn die Mitglieder derselben Gesellschaftsklassen, die an der Börse ihre Geschäfte machen, hier Jeter und Mordio über die heutige Gesellschaft über die Auswüchse an der Börse jeter, während sie doch selbst weiter nichts ist als eine große Gesellschaft von Ausbeutern gegenüber den Armen und wirtschaftlich Schwächeren. (Lachen rechts; Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die herrschenden Klassen sind nicht die berufenen Richter über die Börse, sie gehören ebenso auf die Anklagebank wie die Angeklagten. Sollte aber ein Börsenreformgesetz vorgelegt werden, welches das Börsengeschäft zu einem solideren macht, so werden wir nicht nein sagen. (Stufe rechts: na, na!) Zum Schluß eine persönliche Bemerkung: Herr von Mantuffel hat mit der ihm eigenen Feinheit der Ausdruckweise nicht unterlassen können, es auszusprechen, daß das Verhalten der sozialdemokratischen Mitglieder in der Börsensteuercommission vielleicht zurückzuführen sei auf den Klassenzusammenhang mit der Börse. Ich habe nicht die Neigung, hier in diesem Hause Herrn von Mantuffel in dem Tone zu antworten, der ihm eigentlich gebührt. Das würde auch der geehrte Herr Präsident nicht zulassen, und ganz ehrlich gesagt, halte ich es auch für unmeiner Würde liegend (Lachen rechts) ihn wegen dieser Aeußerung der Ehre einer Antwort zu würdigen. Nur eins will ich feststellen, daß nach meiner festen Ueberzeugung der Herr Freiherr v. Mantuffel vielleicht innigere und intimere Beziehungen zur Börse hat, vielleicht interessierter an der Börse ist wie ich, denn ich habe in meinem ganzen Leben irgend ein Geschäft an der Börse nicht gemacht; und das aber Herr v. Mantuffel von sich sagen kann, ist mir doch sehr zweifelhaft. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hintelen (Z.) tritt den von den Abg. Graf Arnim und v. Mantuffel gegen die Commission erhobenen Vorwürfen entgegen.

Die Vorlage wird vom Zentrum im großen und ganzen nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen werden.

Abg. Graf Arnim bemerkt gegen den Abg. Richter, daß dieser ihm eine unrichtige Aeußerung in den Mund gelegt habe. Einige Mitglieder der Commission haben sich mit größeren Firmen in Verbindung gesetzt wegen der Erleichterung des Arbitrageverkehrs; dies und nichts anderes habe ich behauptet. Wenn Herr Singer die Steuer ablehnt und die Sozialdemokraten stets in ihren Versammlungen verlangen, daß die Steuern auf die Wohlhabenden, auf die Ausbeuter gelegt werden sollen, so genügt es, auf diesen Widerspruch hinzuweisen, um die Taktik der Sozialdemokraten zu kennzeichnen.

Abg. Richter: Ich wiederhole, daß die Rede des Grafen Arnim angesichts der Geschäftslage des Hauses deplazirt war. Seine Aeußerungen über das Arbitragegeschäft haben wir auf der Linken hier übereinstimmend so verstanden, wie ich ausgeführt habe.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Spezialdiskussion wird zunächst der Tarif beraten. Nach Nummer 1 sollen befreit sein vom Effektenstempel solche Aktien, welche von Aktiengesellschaften ausgegeben werden, die ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen und ihren Reingewinn auf höchstens 4 pCt. des Kapitals beschränken. Nach den Beschlüssen zweiter Lesung soll für diese Befreiung folgende Schlussbestimmung geltend haben: Die von solchen Aktiengesellschaften beabsichtigten Veranstaltungen müssen für die minder-begüterten Volksklassen bestimmt sein.

Auf Antrag der Abgg. Hammacher und Schmidt-Warburg wird diesem Zusatz hinter „müssen“ das Wort „auch“ zugefügt.

Im Tarif Nr. 4 der Beschlüsse zweiter Lesung ist folgendes bestimmt: Nr. 4a setzt den Stempel für Kauf- und Anschaffungs-geschäfte in Banknoten, Papiergeld, Geldsorten und Wertpapiere auf 2/10 pro Mille fest; Nr. 4b den Stempel auf Kauf- und Anschaffungs-geschäfte über Waaren mit bestimmter Lieferungsfrist, wenn dieselben gemäß den seitens einer Börsenbehörde festgesetzten Geschäftsbedingungen abgeschlossen werden und wenn für die an der betreffenden Börse geschlossenen Geschäfte solcher Art eine Feststellung von Terminpreisen erfolgt, 2/10 für alle übrigen Kauf- und Anschaffungs-geschäfte über Waaren, wenn dieselben gemäß den seitens einer Börsen-behörde für solche Geschäfte festgesetzten Bedingungen abgeschlossen werden, 2/10 pro Mille. Die Vorlage setzte für Kauf- und sonstige Anschaffungs-geschäfte, welche unter Zugrundelegung von Usancen einer Börse geschlossen werden (Coco-, Zeit-, Frt., Termin-, Prämien- u. s. w. Geschäfte) über Mengen von Waaren, die börsenmäßig gehandelt werden, 2/10 pro Mille fest. Börsenmäßig gehandelte Waaren sollen nach der Vorlage solche sein, für welche Terminpreise an der betreffenden Börse notirt werden.

Die Abgg. Müller-Dortmund, v. Duol und Frese beantragen die Wiederherstellung der Vorlage.

Abg. Schwarz (Z.) will die Termingeschäfte in Getreide und Getreidefabrikate mit einem 5mal so hohen Umsatzstempel, also mit ca. 2 pro Mille besteuern.

Nach einem Antrag Gescher soll für den Fall der Wiederherstellung der Vorlage diese den Zusatz erhalten: Die Steuerpflicht tritt in diesem Fall für die gesammte Waarengattung (Kaffee, Weizen, Spiritus, Zucker u. s. w.) ein, wenn sich die Terminnotirung auch nur auf eine bestimmte Qualität dieser Waarengattung bezieht.

Für den Fall der Annahme der Beschlüsse zweiter Lesung will Abg. Richter die Worte: „wenn dieselbe gemäß seitens einer Börsenbehörde für solche Geschäfte festgesetzten Geschäftsbedingungen abgeschlossen werden“, ersetzt wissen durch folgende Fassung: „für welche an der Börse, deren Usancen für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notirt werden.“

Abg. Müller: Die Besprechung derjenigen, welche sich in zweiter Lesung an der Beratung der Nummer 4b beteiligten, sowie die Konferenz mit einer Reihe von Vertretern der bedeutendsten Handels- und Börsenplätze hat für uns ergeben, daß der Beschluß zweiter Lesung, der alle Kauf- und Anschaffungs-geschäfte über Waaren treffen würde, die irgendetwas als börsenmäßig gehandelt anzusehen wären, nicht aufrecht erhalten werden kann. Aus der Wiederherstellung der Vorlage würde keine Verminderung, sondern eher eine Vermehrung der Einnahmen sich ergeben. Außerdem steht fest, daß die verbündeten Regierungen eine allgemeine ausnahmslose Waaren-umsatz-Steuer nicht beabsichtigt und nicht gewollt haben. Gerade im Interesse der kleinen Provinzialbörsen, welche durch diese Beschlüsse schwer benachtheiligt würden, müssen wir die Vorlage in dem Regierungsentwurf wieder herstellen. Zwischen reinem Differenzgeschäft und Effektiv-Termingeschäft ist nach äußeren Merkmalen nicht zu unterscheiden. Die Bedeutung des Terminhandels kann durch den Hinweis auf die vorkommenden Mißbräuche nicht abgeschwächt werden.

Abg. Gescher (ol.): Wir bedauern die erfolgten Abstriche an den aus diesem Gesetz zu erwartenden Mehreinnahmen auf das allertiefste. Für den Standpunkt des Herrn Singer wird wohl kein Mitglied irgend einer anderen Partei im Hause Verständnis haben. Gerade diese Gesellschaftsklassen, welche von der Militärvorlage Nutzen haben, sollen auch zu den Kosten herangezogen werden. Dazu gehören vor allem die Ausbeuter auf der Börse.

Der Präsident ersucht den Redner, nicht in die Generaldiskussion zurückzufallen.

Abg. Gescher (fortfahrend): Wenn wir dem Antrag Müller zustimmen, so thun wir es der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, weil wir erkannt haben, daß die Kommissionsfassung und der Beschluß zweiter Lesung sich nicht halten läßt.

Abg. Gamp erklärt sich gegen den Antrag Schwarz. Den Antrag Gescher unterstützt der Redner. Man könne nicht zulassen, daß der gewöhnliche Santoskaffee steuerpflichtig sein solle, der theure Molka nicht. Diefelbe Erwägung treffe auf alle übrigen börsenunähnlich gehandelten Waaren zu. Für heute be-gnügen wir uns mit der Regierungsvorlage, ergänzt durch den Antrag Gescher.

Abg. Richter: Ich bin der Meinung, daß diese Steuer sehr empfindlich nachtheilig auf die Landwirthschaft zurückwirken wird. Die Rechte übersteht eben vielfach, daß die Interessen des Handels, die Sie feindselig behandeln, mit denen der Landwirthschaft zusammenfallen. Den Antrag Schwarz hat Herr Gamp treffend abgefertigt. Die Konsequenz des Antrages Müller muß aber auch zur Annahme meines Antrages führen, der den thatsächlichen Verhältnissen besser Rechnung trägt. Herr Gescher vertritt einen ganz einseitig fiskalischen Standpunkt; er will durchaus das Duhn schlachten ohne Rücksicht auf die Eier zu nehmen, die das Duhn legt. Der Vater der unglücklichen Beschlüsse zweiter Lesung, Herr Gamp, scheint anzunehmen, daß nur die Interessenten den Sieg davongetragen haben, wenn jetzt die Regierungsvorlage wieder hergestellt wird; der Antrag Gamp ist aber gerade durch die Thatsachen, welche die Interessenten inzwischen vorgebracht haben, als ein Produkt grober Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse bloßgestellt worden. Die Besteuerung des Waarengeschäfts hat die bestimmte Geschäftsform des Terminhandels treffen wollen, nicht das Produkt, die Waare, den Artikel an sich. Die Besteuerung des Waarenumsatzes würde um so ungerechter sein, als dieselbe oft mehrmals zum Gegenstande des Geschäfts gemacht und also mehrmals stempel-pflichtig wird. Mein Antrag ist bestimmt, den unsägbaren Ausdruck

Börsenbehörde" zu eliminieren. Selbst die Kellereien der Berliner Kaufmannschaft sind keine Börsenbehörde. Geschäftsbedingungen und Pflichten sind auch keineswegs dasselbe. Wird die Steuerpflicht von dem Vorhandensein von Waren abhängig gemacht, dann wird eine Prämie auf die Geschäftsabschlüsse ausschließlich Waren gelegt, und das ist eine geradezu gemeingefährliche Wirkung des Antrags Wamp, den das Haus in zweiter Lesung annahm. Herr Gescher will nun alle Gattungen einer Waare steuerpflichtig machen, wenn für eine Gattung Terminpreise notirt werden. Was eine Waarengattung ist, sagt Herr Gescher nicht. Nach diesem Antrage muß auch für rektifizierten Spiritus, für raffinierten Zucker die Steuerpflicht eintreten, auch wenn für diese Produkte gar keine Terminpreise notirt werden. Die in Betracht kommenden Industrien haben keine blasse Abnung von dem ihnen durch den Abg. Gescher zugeordneten Ueberfall. Keine Erörterung, keine Untersuchung dieser weittragenden Neuerung hat stattgefunden; wie gefährlich derartige plötzliche Improvisationen sind, haben wir doch in den letzten Tagen erlebt.

Abg. Schwarze (Z.) tritt für diesen Antrag ein, dessen Annahme zur Zurückdämmung der wüsten, die Konsumenten in der einschlichsten Weise schädigenden Getreidespekulationen eine unbedingte Nothwendigkeit sei. Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben bei der wachsenden Unruhe des Hauses auf der Journalistentribüne unverständlich; Präsident v. L e v e z o w verweist den Redner, der vom Gegenstande abzuweichen scheint, auf die Thatsache, daß das Haus sich in der Spezialdiskussion befindet.

Abg. Gescher: Nicht eine Unbilligkeit herbeiführen, sondern eine solche vermeiden soll mein Antrag. Gerade von Börseninteressenten selbst ist darauf hingewiesen, daß es ungerecht sei, die eine Waarengattung zu besteuern, die andere steuerfrei zu lassen. Wir wollen keineswegs den Terminhandel vernichten, das fällt uns gar nicht ein; wir wollen den Differenzhandel treffen. Herrn Richter's Einwurfe gegen meinen Antrag sind sämtlich hinfällig. Er beanstandet den Ausdruck Waarengattung, hat aber die zahlreichen ähnlichen Ausdrücke im Gesetz unbeanstandet gelassen. An dem Antrag Schwarze billigen wir die Tendenz ganz und gar; aber das reine Differenzgeschäft von den Geschäften überhaupt zu unterscheiden, ist eben noch unmöglich.

Ein Schlussantrag wird angenommen. Schatzsekretär Graf Posadowsky erklärt, daß er den Antrag Gescher zur Annahme empfehlen könne, wenn ein inzwischen eingelaufener Unterantrag des Abg. v. Stumm, der den Begriff „Waarengattung" genauer umschreibt, indem statt der Worte „Kaffee, Weizen, Spiritus, Zucker u. s. w." gesagt werden soll, „oder eine Unterart derselben", zur Annahme gelangt. Die mit dieser Erklärung wieder eröffnete Debatte wird als bald durch Annahme eines neuen Schlussantrags geschlossen.

Die Abgg. Frese und Zimmermann sprechen zur Geschäftsordnung ihr Bedauern aus, nicht mehr zum Worte gekommen zu sein. Die Reformpartei wird gegen alle Abschwächungsversuche stimmen und lediglich die Beschlüsse zweiter Lesung mit dem Amendement Schwarze annehmen.

Die Anträge Richter, Schwarze und v. Stumm und Gescher werden abgelehnt; für den Antrag Schwarze stimmen auch die meisten Deutschkonservativen. Mit großer Mehrheit wird statt der Beschlüsse zweiter Lesung die Regierungsvorlage unverändert wiederhergestellt. Gegen den Antrag Gescher stimmen die Parteien der Linken bis auf einige Nationalliberale, eine Minderheit des Zentrums und der Deutschkonservativen, sowie ein Theil der Reichspartei.

Die übrigen Tariffsätze, so wie Bestimmungen des Gesetzes selbst werden unverändert angenommen.

Abg. Träger beantragt, den Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes vom 1. Mai auf den 1. Juni hinauszuschieben.

Abg. Müller wird mit den Nationalliberalen dafür stimmen, da in der kurzen Zeit bis zum 1. Mai es gänzlich unthunlich erscheine, die Vorbereitungen für das Inkrafttreten des Gesetzes zu erleidigen.

Die Abgg. Hintelen, Graf Arnim und Hahn bestreiten dies und empfehlen, an den Beschlüssen zweiter Lesung festzuhalten.

Der Antrag Träger wird abgelehnt, das Gesetz wird am 1. Mai 1894 in Kraft treten.

Von der Kommission war noch eine Resolution in Vorschlag gebracht worden, wonach die Börsenaufsichtsansicht des Fürsorge dafür treffen sollen, daß beim Kommissionsgeschäft dem Kommitenten keine höheren Steuern als bei dem öffentlichen Handel zu zahlen werden, als vom Kommissar selbst bezahlt sind. Die Resolution wird nach kurzer Debatte angenommen, ebenso die von national-liberaler Seite beantragte, auf baldige Vorlegung eines Reichs-Börsengesetzes gerichtete Resolution.

Die Gesamtabstimmung über das gegen die Beschlüsse zweiter Lesung veränderte Gesetz wird einstweilen ausgesetzt.

Das Haus erledigt Kommissionsberichte über Petitionen. Ueber die Petitionen, betreffend die Zulassung der Frauen zum ärztlichen Studium, soll nach dem Antrag der Petitionskommission zur Tagesordnung übergegangen werden.

Die Abgg. Richter und Graf Bernstorff-Lauenburg erklären sich bei der Geschäftsverhandlung des Hauses und da der Schwerpunkt der Agitation in dieser Frage mehr in die Einzelstaaten zu verlegen sein und bei den dortigen Kultusministerien einzusehen haben werde, mit dem Kommissionsantrag einverstanden.

Abg. Bebel (Soz.): Angesichts der vorgerückten Stunde will ich namens meiner Parteigenossen nur erklären, daß wir entgegen dem Kommissionsantrag stimmen werden. Trotz aller Ausführungen des Staatssekretärs bei früheren Gelegenheiten kann ich nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß das Reich in dieser Frage nicht kompetent sei. Es handelt sich hier nicht darum, eine prinzipielle Entscheidung zu treffen, sondern um ein außerordentlich großes Bedürfnis für das gesammte weibliche Geschlecht. 1/3 derselben würden sich für die Zulassung der Frauen zum ärztlichen Studium aussprechen. Jeder Arzt, auch solche, die sich u. a. aus Konkurrenzrücksichten dagegen erklären, wird bestätigen, daß in geradezu schrecklicher Weise die Zahl der Frauen von Jahr zu Jahr zunimmt, welche an Krankheiten leiden, die mit dem weiblichen Organismus aufs innigste verknüpft sind. Die Frauen fürchten sich aber zum Arzte zu gehen, und leiden lieber die beständigen Schmerzen. Ferner mißbrauchen häufig die männlichen Aerzte ihre Vertrauensstellung gegenüber den weiblichen Patienten. Leider ist Deutschland in die er Frage hinter allen Kulturstaaten Europa's zurück. (Zustimmung links.) Auch der Sultan hat jungen Törkinen die Erlaubnis zum Studium der Medizin in Paris u. s. w. gestattet. Ebenso hat die österreichische Regierung in Rücksicht auf ihre böhmischen Untertanen die Frauen zum ärztlichen Studium zugelassen. In Kurzem werden diejenigen, welche heute gegen den Antrag sind, gezwungen werden, ihre Zustimmung zu geben.

Der Kommissionsantrag wird, nachdem auch Abg. Kruse ihn empfohlen, angenommen.

Die übrigen Petitionen werden ohne Debatte nach den Kommissionsvorschlägen erledigt.

Inzwischen ist die Zusammenstellung der Beschlüsse dritter Beratung zum Einkommensteuergesetz vertheilt worden. In der Gesamtabstimmung wird die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen Volkspartei und eines Theiles der freisinnigen Vereinigung definitiv angenommen.

Es folgt die Interpellation der Abgg. Förster - Reutelin und Genossen:

„Wie gedenken die verbündeten Regierungen die durch die Zollgesetzgebung entstandenen Schädigungen der Finanzen des Reiches in einer die Landwirtschaft nicht beeinträchtigenden Weise auszugleichen und welche Mittel des Ausgleichs gedenken sie auf dem Wege der Reichsgesetzgebung anzuwenden?"

Der Reichskanzler erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Graf v. Jun- und Ruyhausen begründet die Interpellation mit dem Hinweis auf die Schädigung der Landwirtschaft durch die Handelsverträge. Aus dem Hause seien verschiedene Mittel benannt worden, wie der Landwirtschaft geholfen werden könne: der Wollzoll, der Antrag des Grafen Kanitz u. s. w. Der preussische Finanzminister wies auf die hohen Hypothekenslasten des Grundbesitzes im Osten hin. Daher wäre wohl die Bitte berechtigt, daß die Bundesregierungen aussprechen, wie sie ohne Schädigung der Landwirtschaft die Finanzen des Reiches verbessern wollen; denn die Steuererlagen, welche in dieser Session gemacht sind, können durchaus nicht als solche angesehen werden, welche die Landwirtschaft nicht beeinträchtigen.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich lege Werth darauf, festzustellen, wie die Interpellation lautet. Ich habe mich verpflichtet, diese Interpellation zu beantworten, nicht aber auf die Mittel gegen den Niedergang der Landwirtschaft einzugehen. Hätte der Interpellant das schriftlich niedergelegt, worauf er mündlich zielte, so hätte ich erklärt, ich würde die Interpellation nicht beantworten. Auf die Frage: „Wie gedenken die verbündeten Regierungen die durch die Zollgesetzgebung entstandenen Schädigungen der Finanzen des Reiches in einer die Landwirtschaft nicht beeinträchtigenden Weise auszugleichen", kann ich keine andere Antwort geben, als die: Die verbündeten Regierungen beabsichtigen das dadurch zu thun, daß sie die Tabak-, Weizen- und Bienensteuer vorlegen. Haben Sie diese Steuern abgelehnt, so müssen die verbündeten Regierungen von neuem erwägen, wie sie die entstandenen Schädigungen der Finanzen des Reiches in einer die Landwirtschaft nicht beeinträchtigenden Weise ausgleichen sollen. Die weitere Frage: „und welche Mittel des Ausgleichs gedenken sie auf dem Wege der Reichsgesetzgebung anzuwenden?" erledigt sich durch die erste, denn andere Mittel als die Zollgesetzgebung an die Hand gibt, stehen den verbündeten Regierungen nicht zur Verfügung. (Große Heiterkeit links.)

Auf Antrag des Abg. v. Dallwitz wird in die Besprechung eingetreten.

Abg. v. Mantuffel: Die verbündeten Regierungen müßten sich doch klar darüber werden, wie sie die Ausfälle an Zolleinnahmen decken wollen, welche durch die Handelsverträge entstanden sind. Die Bedienung durch Matrularumlagen ist nicht möglich, denn diese Umlagen sind eine Kopfsteuer, die immer am schwersten drückt, und zwar gerade auf die Landwirtschaft. Wir hoffen, durch den Antrag des Grafen Kanitz aus den Finanznöthen herauszukommen. Redner will den Antrag nicht begründen, wendet sich aber gegen die Ausführungen gegen den Antrag, namentlich der Abg. Wagem und Richter, welche letzterer sogar mit einem Ausnahmefall gegen die Agrarier drohte. Herr v. Bennigsen hat gegen den Wollzoll. (Zuruf: Zur Sache!) Ich bin bei der Sache, denn die Einnahme aus dem Wollzoll würde den Finanzen des Reiches helfen und die Landwirtschaft würde dadurch in ihrer Viehzucht und Wollproduktion geschützt. Herr v. Bennigsen hat auf die Nebenprodukte der Landwirtschaft verwiesen und dabei auf die Eier hingewiesen. Wenn der Bauer erst auf die Eier sehen soll, dann muß es schlecht mit ihm stehen. Was nützt die Ausdehnung der Korneproduktion, wenn nicht einmal die Selbstkosten durch die Preise gedeckt werden? Was nützt die intensive Landwirtschaft, wenn die Produkte nicht abgesetzt werden können? Die Herren von der freisinnigen Partei sollten doch einmal die Güter kaufen und darauf die Wirtschaft versuchen. Wir fragen die Regierung, ob sie Mittel weiß, wie uns geholfen werden kann. (Zuruf links: Davon steht ja nichts in der Interpellation.) 1887 wurde die Nothlage der Landwirtschaft in der Thronrede anerkannt und ein Zoll von 6 Mk. vorgeschlagen; die Zölle sind jetzt auf 8,50 Mk. herabgesetzt. Da muß die Regierung Vorschläge zur Abhilfe machen. (Zuruf links: Zur Sache!) Die Landwirtschaft geht nicht zur Reichskommission, aber die Handelsverträge sind Reichssache und deshalb muß das Reich auf die Einzelstaaten einwirken, damit diese der Landwirtschaft zu Hilfe kommen. Wenn die Personalunion zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Präsidium bestünde, würde auf diesem Gebiete mehr geleistet werden können.

Der Schluß der Rede geht in der allgemeinen Unruhe des Hauses unter.

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich will nicht verhehlen, daß, als ich die Interpellation las, ich den leisen Verdacht hatte, daß Ende vom Liede würde dahin gehen, gewisse Einträge, die von dem Antrag Kanitz zurückgeblieben waren, zu vernichten, um den einen oder anderen Mißerfolg wieder gut zu machen. (Sehr richtig! links.) Was der Vorredner sagte, bestärkt mich in dieser Ansicht. Ich will nicht vom Gegenstand der Interpellation abgehen, sondern mich auf eine Bemerkung beschränken. Er meinte, ich schiene die Interpellation und deren Werth, deren Tragweite, deren Richtung verkannt zu haben. Ja, es ist mir zweifelhaft, ob das Verkennen nicht auf der andern Seite lag. Jeder Zoll wirkt peluniar in zwei Weisen, einmal wirtschaftlich auf die Preisbildung und das andere Mal finanziell auf die Reichs-Einnahmen. Der Herr Abgeordnete hat von der Preisbildung gesprochen und ist auf die alten Thematika von der landwirtschaftlichen Noth zurückgekommen. Die Interpellation sagt kein Wort davon, sie spricht immer nur von den Schädigungen der Finanzlage, besetzt sich also mit der einen Seite der peluniarer Einwirkung, ignoriert die andere, und was Herr v. Mantuffel sagte, gehört lediglich auf die ignorierte Seite. (Weißall links.)

Abg. v. Bennigsen (zur Geschäftsordnung): Die Interpellation spricht von Nothstand der Landwirtschaft gar nicht, sondern von der Noth der Finanzen. Ich meine auch, daß die ganze Rede des Herrn v. Mantuffel nur darauf berechnet war, die große Verlegenheit (große Unruhe rechts, Zustimmung links) — Präsident v. L e v e z o w: Das ist keine Bemerkung zur Geschäftsordnung.

Ein Verlagsantrag der Abgg. Graf Hompesch und Genossen wird angenommen.

Nach den üblichen Dankesbezeugungen bemerkt der Präsident v. L e v e z o w: Mein letzter Wunsch ist noch, daß wir uns in nicht zu langer Zeit (ob) in Laufe dieses Jahres . . . gesund wiedersehen mögen und zwar, wie ich glaube und annehme, wenn auch vorübergehend, noch an dieser Stelle. Deshalb haben wir keinen Grund schon heute Abschied zu nehmen von diesen Räumen, in welchen der Reichstag 27 Jahre lang getagt und große Dinge erlebt hat.

Das Wort erhält hierauf der Reichskanzler v. Caprivi zur Verlesung der Allerhöchsten Ordre (die Sozialdemokraten verlassen bei den ersten Worten den Saal; Abg. Liebermann v. Sonnenberg ruft: Die Stützen der Regierung verlassen das Volk! — Bewegung —) datirt aus Karlsruhe vom 17. April, durch welche der Reichskanzler ermächtigt wird, die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstages am 19. April zu schließen. Der Reichskanzler verliest sodann noch folgende Erklärung: Die Erwartung der verbündeten Regierungen, der Reichstag werde bereit sein, durch Zustimmung zu den vorgeschlagenen Steuergesetzentwürfen die Mittel zur Deckung der Kosten der Herrschaftsverwaltung, sowie zur Durchführung einer Finanzreform zu gewähren, welche die Matrularbeiträge in ein festes Verhältnis zu den Reberweisungen an die Einzelstaaten bringt, hat leider für die gegenwärtige Tagung ausgefallen werden müssen. Damit ist die Möglichkeit ausgeschlossen, noch in dieser Session die zur Durchführung der Finanzreform erforderlichen Mittel zu gewinnen. Die verbündeten Regierungen halten indes mit aller Entschiedenheit an der Auffassung fest, daß es im nationalen und finanzpolitischen Interesse auch der Bundesstaaten gerathen ist, zur Erhaltung eines geordneten Finanzwesens der letzteren eine Sicherstellung der Finanzen des Reiches herbeizuführen. Die

verbündeten Regierungen werden deshalb nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages von neuem mit entsprechenden Vorschlägen in der Hoffnung hervortreten, daß eine Verständigung über die Reform und die Beschaffung der hierzu erforderlichen Mittel erzielt werden wird. Auf Grund der mir erteilten allerhöchsten Ermächtigung erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen dem Reichstag für geschlossen.

Präsident v. L e v e z o w schließt hierauf mit dem üblichen Hoch die Sitzung. — Schluß gegen 5 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung vom 19. April 1894, 11 Uhr.

Am Ministertische: Miquel, v. Berlepsch und Kommissarien.

Das Haus ertheilt zunächst in bezug auf die allgemeine Rechnung für 1890/91 der Regierung Entlastung und genehmigt vorbehaltlich der Rechnungslegung die Staatsüberschreitungen und außerordentlichen Ausgaben des Jahres 1892/93.

In zweiter Beratung gelangt ohne Debatte der Gesetzentwurf wegen Bedienung von Ausgaben (d. h. des Selbstbetrages von 25 200 007,84 Mk.) des Jahres 1892/93 zur Annahme; endlich wird bezüglich der Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für 1892/93 die Entlastung ausgesprochen.

Darauf wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Auffassung und Gewinnung der Kali- und Magnesiafalsche fortgesetzt beim Artikel III, wonach dieser allein dem Staate zuzuehen soll.

Abg. v. Schallscha (Z.): Man spricht dieser Vorlage gegenüber von einem Monopole, weil das Wort im Volke im Verdacht einer gefährlichen Bedeutung steht. Aber da neben dem Staate auch Private Kali fördern, da die Provinz Hannover ausgeflossene Kali und da auch der Bezug von Kali von außerpreussischen Werken gestattet ist, so ist ein Monopol nicht vorhanden. Die Syndikate haben eine gewisse Berechtigung, aber doch auch manche Nachteile, denn sie berücksichtigen immer nur die großen Abnehmer und vernachlässigen die kleinen. Kali und Kohle lassen sich aber gar nicht vergleichen, denn die letztere kommt überall vor, das erste aber nur in Deutschland. Außerdem erfordert der Kalibergbau große technische Vorrichtungsmaschinen, die bei den Kohlenwerken nicht notwendig sind. Ferner ist zwar Carnallit auf 2000 Jahre ausreichend vorhanden, aber Gaiuit ist nur für 50 Jahre vorhanden. (pöit!) Es sei zu verwundern, daß die Begründung der Vorlage davon keine Notiz genommen hat. Deshalb muß man den Naubbau verbieten, denn daß in der nächsten Zeit ein anderes Düngemittel gefunden werden sollte, könne man nicht annehmen. Die staatliche Aufsicht werde die Güte der Waare garantiren; denn daß die freie Konkurrenz die Güte der Waare fördert, kann nicht anerkannt werden. Man scheint gegen das Gesetz eingenommen zu sein, weil eine Waare der Spekulation entzogen werden soll.

Abg. Götthein (freis. Wg.): Die deutsche Industrie ist verächtigt worden, daß sie unreele Schundwaare liefert. Dagegen hätte auch der Minister für Handel und Gewerbe protestiren sollen. Die Gründe für die Vorlage sind durchaus nicht stichhaltig. Man spricht davon, daß der Vorrath sich erschöpft. Aber allein die dem Privatbesitz gehörenden Felder reichen für 2000 Jahre aus. Die Privatwerke haben aber noch viel größere Vorräthe; man kann auf einen Vorrath von 200 Milliarden rechnen, die für 4500 Jahre reichen. Aber für die verbleibenden Felder hat das Gesetz keine Bedeutung, diese gewinnt es erst, wenn noch weitere unbekannte Schätze in der Erde liegen. Der Verbrauch ist nicht so groß, wie man ihn berechnet. Die Verwendung von Kalinit wird bevorzugt, weil die Kalifabrikate zu hoch im Preise sind und auch zu hohe Frachten zahlen müssen. Die Wassergefahr ist für den Kalibergbau nicht mehr so groß, da sich die Technik schon darauf eingerichtet hat. Man sollte den günstigen Zustand benutzen und noch recht viel der künstlichen Düngemittel exportiren. Unserer Landwirtschaft wird die amerikanische Landwirtschaft keine Konkurrenz mehr machen können, wenn sie zur künstlichen Düngung übergehen muß. Wir können im Interesse der Landwirtschaft nicht für die Vorlage stimmen, denn wenn auch ein Staatsmonopol nicht geschaffen wird, so erhält das Syndikat doch die Macht, Monopolpreise zu stellen und zwar dauernd, denn es fehlt die Konkurrenz anderer Bezirke und des Auslandes, wie z. B. beim Kohlenfondit. Das Staßfurter Werk verzinst sich zu 10% Prozent; da könnte wohl das Produkt etwas billiger abgegeben werden; dabei sind die Selbstkosten noch ungewöhnlich hoch, weil das Werk wegen des Syndikats keine Einrichtungen nicht voll ausnützen kann. Wenn der Ring durch das Gesetz gestiftet ist, dann ist alles möglich, auch daß nach dem Auslande billiger verkauft wird als nach dem Inlande. Deshalb ist es bedauerlich, daß die Staatswerke dem Ringe beigetreten sind. Wenn auch die Regierung mäßigend gewirkt hat, so sind die Preise doch immer noch hoch genug. Am Spekulation handelt es sich nicht, sondern um die Bergbaufreiheit, und wenn der Privatbesitz ohne das Gesetz kein neues Kalinit einrichten kann, dann muß er schließlich alle seine Bergwerke stillstellen, denn sie stehen alle unter dem freien Wettbewerb. Erreulich ist es, daß der Privatbesitz in Zukunft die Konkurrenzbohrungen einstellen will. Wenn die Regierung ihre Schuldigkeit thut, dann wird es leicht sein, die Monopolpreise zu beseitigen.

Minister v. Berlepsch: Der Vorredner hat mich aufgefordert, Protest zu erheben gegen die angebliche Verächtlichmachung der Industrie. Es ist, wie schon öfter, im Laufe der Debatte gesagt worden, daß die freie Konkurrenz die Güte der Waaren nicht garantire, daß auch schlechte Waare hergestellt werde. Daraus kann man keinen Anlaß zu großen Demonstrationen nehmen, zumal wenn man von der Güte unserer Industrie überzeugt ist (Zustimmung). Das Kalinit in geringerem Maße vorhanden ist als Carnallit, ist festgestellt und nur in bezug auf Carnallit ist von einem Vorrathe auf 2000 Jahre gesprochen.

Abg. Brandenburg (Z.) spricht seine Freude darüber aus, daß seine rechtlichen Bedenken in bezug auf Hannover durch die Kommissionsbeschlüsse beseitigt sind; er hofft, daß die Regierung diesen Beschlüssen zustimmen werde, daß sie nicht den Versuch machen werde, das Gesetz später auf Hannover auszuweihen.

Darauf wird die Diskussion geschlossen. Bei Auszählung des Hauses wird Artikel III mit 147 gegen 132 Stimmen abgelehnt; ebenso werden die übrigen Artikel und Anträge ohne weitere Debatte verworfen.

Es liegt ein neuer Antrag der Abgg. v. Bedlich (Z.) und von V o e l b e r g vor, folgenden neuen Artikel einzufügen: Vom 1. Januar 1899 an werden die Verkaufsbedingungen und die Preise der in fiskalischen Betrieben gewonnenen Kali- und Magnesiafalsche vom Staatsministerium unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der heimischen Landwirtschaft und Industrie festgesetzt.

Die Betriebsverhältnisse, die Forderung und die Kosten der staatlichen Kali- und Magnesiafalsche, sowie die Verkaufsbedingungen und die staatlich festgesetzten Preise sind alljährlich zur Kenntniß des Landtages zu bringen.

Eine Debatte wird nicht beliebt.

Abg. Limburg-Sturion (Konf.) beantragt eine namentliche Abkündigung, um die im Reichstage befindlichen Abgeordneten und vielleicht auch sonst einige Säunige heranzuziehen. Der Antrag wird mit 174 gegen 133 Stimmen abgelehnt. Die Minderheit besteht aus den meisten Konservativen, einigen Freikonservativen und Zentrumsmitgliedern.

Eine dritte Lesung der Vorlage findet nicht mehr statt, da alle Theile derselben abgelehnt sind.

Die Novelle zum Hannover'schen Weggesetze wird darauf ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen. Schluß nach 2 Uhr.

Nächste Sitzung Sonntag den 11 Uhr (Rechnungsvorlagen, Novellen zum Hannover'schen Weggesetze und erste Beratung der Kanalvorlage.)

Rindes aufgefunden. — Nachmittags wurde vor dem Hause Kommandantenstr. 78 ein Kutscher durch einen Geschäftswagen überfahren und schwer am Fuße verletzt. — In der Ecke der Köthener- und Königgräberstraße fiel ein Arbeiter von einem Müllwagen, geriet unter die Räder und wurde an beiden Beinen schwer verletzt. — Vor dem Hause Leipzigerstr. 134 geriet ein 10jähriger Knabe, der sich an einen Geschäftswagen gehängt hatte und herabgefallen war, unter die Räder einer vorüberfahrenden Droschke und erlitt anscheinend schwere innere Verletzungen. — In der Hofenhaide, vor dem Hause 80/81, stürzte ein Arbeiter von einem Müllwagen, wurde überfahren und an beiden Beinen schwer verletzt. — Im Laufe des Tages fanden zwei kleine Brände statt.

Kleine Theater- und Literatur-Chronik.
Im Central-Theater geht am heutigen Freitag die Posse „Der neue Kurs“ in Szene. Am Sonnabend folgt alsdann die bereits avisierte Benefizvorstellung für Herrn Bruno

Hollmann, zu welcher die drei Einakter „Das Fest der Handwerker“, „Guten Morgen Herr Fischer“ und „Hanni meint und Hans lacht“ zur Aufführung gelangen. In allen drei Stücken wird der Benefiziant in einer hervorragenden Rolle beschäftigt sein. An dem betreffenden Abend wird sich nach langer Abwesenheit von Berlin eine der bekanntesten und beliebtesten Berliner Sou-bretten wieder dem Publikum vorstellen. Fräulein **Margarethe Gallus** ist von ihrer amerikanischen Tournee wieder nach Deutschland zurückgekehrt und wird ihre hiesige Thätigkeit zunächst anlässlich des Hollmann'schen Gastspiels wieder aufnehmen. — Im National-Theater findet heute Freitag eine Aufführung des beliebten Schauspiels „Der Trompeter von Säckingen“ mit Herrn Jean Priver in der Titelrolle statt. In Vorbereitung befindet sich eine abendfüllende Posse mit dem Titel: „Anna Marie, mein Engel, ich verehere dich“, welche bereits am Sonntag in Szene geht. — Herr **Barnay**, der im letzten Winter so wirkungsvoll das

Interesse der Kranlage für sich zu erwecken wusste, ist vom Färben von Koburg zum Hofrath ernannt worden. Unseres Wissens ist er neben dem tüchtigen Geschäftsmann Pollini in Hamburg der einzige Theaterdirektor, der zu solcher Höhe des Ruhmes emporstieg.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herald.)
Wien, 19. April. Die Privatdepeschen aus Neusandob melden, sind dort mehrere große Spirituslager neuerdings explodirt. Die Noth unter der Bevölkerung ist unbeschreiblich groß. Mehr als 6000 Menschen sind obdachlos; die Hungernoth nimmt immer größere Ausdehnung an. Von den beim Brande Verwundeten sind bereits viele gestorben.
Paris, 19. April. In dem heutigen Ministerrathe wurde beschlossen, das gerichtliche Verfahren gegen den Deputirten **Loussaint** einzuleiten wegen dessen Einmischung bei dem Streik in den Stahlwerken von Trignac.

Erklärung.

Um für die Zukunft böswilligen verleumderischen Gerichten die Spitze abzubrechen, sehen wir uns veranlaßt mitzutheilen, daß die in unserem Betriebe beschäftigten Arbeiter bei 12stündiger Arbeitszeit (inkl. Ruhepausen) und 34 bis 36stündiger Sonntagserubepause 24 M. wöchentlich, d. i. 1248 M. jährlich erhalten.

Es ist früher vorgekommen, daß an einzelnen Tagen, an denen der Brotdbedarf ein erhöhter war, Ueberschichten gemacht werden mußten, diese hielten wir zur Erzielung eines gleichmäßigen Productes für nothwendig und wurden entsprechend bezahlt, so daß sich die Löhne auf 24—30 M. wöchentlich hielten. Wir überlassen es hiernach den werthen Genossen, selbst zu urtheilen, ob es möglich ist gegenüber der Konkurrenz höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu gewahren zu können. Unsere Lohnlisten liegen für jeden sich dafür Interessirenden zur Einsicht bereit.

Genossenschafts-Bäckerei für Berlin u. Umgegend
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung
der
Müller und Mühlenarbeiter Berlins
und Umgegend

am Sonntag, den 22. April, Nachmittags 1 1/2 Uhr,
in den Konkordia-Festsälen (oberer Saal), Andreasstraße 64.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die Bedeutung des 1. Mai“. Referent Genosse **Rohrlack**. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission. 4. Verschiedenes.
Da der Indifferentismus unter den Müllern und Mühlenarbeitern leider noch sehr groß ist, appelliren wir an das Interesse derselben für diese wichtige Versammlung und bitten, recht zahlreich zu erscheinen.
251/3 Die Agitations-Kommission.

Ausstellung Italien
in Berlin
Mai—October 1894
auf dem Terrain der West-Eisbahn
(Stadtbahn-Station Zoologischer Garten).

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, 1. Gesch.: Andreasstr. 23, S. W., gegenüber Andreaskpl.
2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüber Humboldtthain
größtes Lager Berlins. Muster-Kinderwagen,bücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

Frucht-Säfte
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Literflasche 1,30 Mk.
Eugen Neumann & Co., 68029
6a Belle-Alliancepl. 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.
Schriftsteller, 21 Jahr, sucht einen Waldvögel billig. Buchstaben 80, Mitarbeiter gleichen Alters, zu einem Zeitsch., Grotte, Grünfinke. Gold-ammer 70, Kreuzschnäbel, Vögelchen 1 M. an die Exped. d. Bl. 30776 3091b **Goetsch**, Jossenerstr. 5.

Streng feste Verkaufspreise. **Leopold Cohnreich** Streng feste Verkaufspreise.
Damen-Mantel-Fabrik
Berlin O., Königstrasse 30, Ecke Neue Friedrichstraße, parterre und I. Etage,
empfiehlt Neuheiten in
Eleganten Capes und Kragen in Spitze, Seide und Wolle zum Preise von 3, 5, 10, 15—50 Mk.
Die neuesten Jaquettes in Schwarz und farbig, mit auch ohne Seidensfutter, 6, 10, 15—36 Mk.
Promenaden- und Regenmäntel mit abnehmbaren Capes, nur Neuheiten, 10, 15—50 Mk.
Regenpaletots mit breiten Revers, ganz und halb anliegende Façons, nur Neuheiten, 10, 15—30 Mk.
Modernste Spezialität: Plüsch-Kragen haute nouveauté in Seiden-Sammet und Seiden-Plüsch 16, 24—50 Mk.
Staubmäntel in Seide und Wolle, wasserdicht, die neuesten Façons, 6, 10—30 Mk.
I. Geschäft: Königstrasse 30, Ecke der Neuen Friedrichstraße. II. Geschäft: Oranienstr. 164, zwischen Moritz- und Oranienplatz. III. Geschäft: Landsbergerstrasse 66, Ecke der Kurzenstrasse. IV. Geschäft: Neue Schönhauserstrasse 1, Ecke Weinmeisterstrasse.
Sonnstage von 7—10 und 12—2 Uhr geöffnet.

Herren-Anzüge von 35 M.,
Paletots von 21 M.,
nach Maß in besten englischen und deutschen Cheviots und Fantasiestoffen.
Zuschneider im Hause.
59981

Im Verlage von Wörlein & Comp. Nürnberg, ist erschienen:

Volks-Lexikon.
Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern herausgegeben von **Emanuel Durrm.**
60 Hefte à 3 Bogen in 144zigen Lieferungen à 20 J.

Den großen Volkskreisen, welche nicht höhere Schulen besucht haben und daher allgemein verständliche Erklärungen beanspruchen müssen, bietet das **Volks-Lexikon** ein sorgfältig zusammengestelltes Nachschlagewerk für alle Gebiete des Wissens und berücksichtigt besonders Arbeiterrecht, (Gewerbeordnung, Gewerbeverordnungen, Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung, Gesindeordnungen) Handelswissenschaften, (Buchführung, Wechselrecht, Handelsgesetze) Gesundheitspflege (Naturheilkunde) und

Sozial-Politik,
ihre Theorien und Geschichte, ferner die politischen Parteien und die Sozial-Ratifik, so daß ein gemeinverständlich geschriebenes Staatslexikon geboten wird. Außerdem enthält es ein vollständiges Wörterbuch. Dieser reichhaltige Inhalt des **Volks-Lexikons** wird durch das gegen 60000 Stichworte umfassende **Generalregister** so zugänglich gemacht, daß das **Volks-Lexikon** ein bequemes Nachschlagewerk für die vielen Tausende von Einzelfragen bildet, während es zugleich durch die Anordnung des Inhalts ein Lehrbuch ist, das den Lehrstoff nicht alphabetisch zerstückelt, sondern in zusammenhängender Materie Uebersicht bietet.
Zu beziehen durch die **Buchhandlung des „Vorwärts“** Reuthstr. 2, Berlin SW.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 44331
am hiesigen Plage wie bekannt **größte Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Sophastoff-Reste
in Rips, Damast, Crepe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Jacquets spottbillig!
Proben franko! 5150L
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Streng feste Verkaufspreise. **Leopold Cohnreich** Streng feste Verkaufspreise.
Damen-Mantel-Fabrik
Berlin O., Königstrasse 30, Ecke Neue Friedrichstraße, parterre und I. Etage,
empfiehlt Neuheiten in
Eleganten Capes und Kragen in Spitze, Seide und Wolle zum Preise von 3, 5, 10, 15—50 Mk.
Die neuesten Jaquettes in Schwarz und farbig, mit auch ohne Seidensfutter, 6, 10, 15—36 Mk.
Promenaden- und Regenmäntel mit abnehmbaren Capes, nur Neuheiten, 10, 15—50 Mk.
Regenpaletots mit breiten Revers, ganz und halb anliegende Façons, nur Neuheiten, 10, 15—30 Mk.
Modernste Spezialität: Plüsch-Kragen haute nouveauté in Seiden-Sammet und Seiden-Plüsch 16, 24—50 Mk.
Staubmäntel in Seide und Wolle, wasserdicht, die neuesten Façons, 6, 10—30 Mk.
I. Geschäft: Königstrasse 30, Ecke der Neuen Friedrichstraße. II. Geschäft: Oranienstr. 164, zwischen Moritz- und Oranienplatz. III. Geschäft: Landsbergerstrasse 66, Ecke der Kurzenstrasse. IV. Geschäft: Neue Schönhauserstrasse 1, Ecke Weinmeisterstrasse.
Sonnstage von 7—10 und 12—2 Uhr geöffnet.

Herren-Anzüge von 35 M.,
Paletots von 21 M.,
nach Maß in besten englischen und deutschen Cheviots und Fantasiestoffen.
Zuschneider im Hause.
59981

Genossenschafts-Brot,
Butter, Käse, Kolonialwaaren und Hülsenfrüchte empfiehlt billigst **Paul Hailitzky, 30896**
Sorauerstrasse No. 7.

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für **Cigarren-Fabrikanten**
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Bitte lesen Sie!
Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reichh. Lager von ca. 1000 Sommer-Paletots, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, Westen u. ferner Hüten, Betten, Ringe, Betten, Wäsche, Stiefel, Hüte, Reise- u. Holzkoffer, Waschkessel u. Sämtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.
A. Wergien,
Schneidermeister und Parthiewaaren-Händler, 57942
127 Stalitzerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Schleuniger Ausverkauf
der **Restbestände** aus der **J. Adler Söhne's** schon **Konkursmasse,** als Teppiche, Portieren, Sophastoffreste, Stepp- und Tischdecken, Läuferstoffe, ferner 1000 Gardinenreste der haltbarsten und modernsten Stoffe werden bedeutend unter den **Taxpreisen** ausverf.
Spandauerstr. 30, gegenüber dem Rathhaus.

Eine Strickmaschine wegen Todesfall zu verkaufen bei **Knöfel, Rantensfelstraße 23, 4 Tr.** 30785
37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **Gold-, Silber-, Alfenidewaaren** (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, **37 Admiral-Strasse 37**
Vier Mark kosten 2 Kabinet- u. 12 Bildbilder bei **29895** **Wöhme, Lindenstr. 43,** gegenüber der Zimmerstraße.

Große Auswahl von fertigen Anzügen von **16 Mk.** an, **Paletots** „ **14 „** an.
Julius Lindenbaum,
Frankfurterstr. 139,
zweites Haus an der Fruchtstraße.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.
Für streng reelle und prompte Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäfts.

Einen Dirigenten
sucht Arbeiter-Gesangverein s. Mittwoch, Nähe Kottb. Thor, Abz. abzugeben bei **Wilk. Miersch, Rigdorf, Berlinerstraße 189, vorn 1 Tr.** 30925

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein neu eingerichtetes Geschäft in **frischen Blumen und Kränzen.**
J. Haase, 30895
Stalitzerstr. 39 (früher Rathhalle VII).

Musik-Instrumente.
Alle Klav., Streich- u. Schlag-Instrumente, Spielböden zum Drehen u. selbstspielend, Musik-Automaten selbstig **Aug. Kessler, Laustherstr. 51.**

!! Roh-Tabak !!
Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billiger Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck, Rohtabak-Brunnenstr. 185,** Handlung, Formen (Bodfaçon) wieder vorrätig.

Fernrohre
per Stück 3,20 Mk. mit 4 feinen Linsen und 3 Auszügen. Vergrößern 12 Mal unter Garantie. Jedes Stück, welches nicht gefällt, nehmen sofort retour.
Preiskatalog sämmtl. Fernrohre, Feldstecher, Operngläser, Lupen, Compasse, Mikroskope, Musikwerke versenden umsonst.
Kirberg & Co. Gräfrath-Central b. Solingen.

Empfehle den geehrten Genossen meine **Wäsch- u. Plätt-Anstalt, Gardinen-Spannerie, bei freier Abholung u. Zusendung; garantire reelle Bedienung.** 28796 **Fr. Eitner, Ritterstr. 85.**

1000 Damen-Regenmäntel von 4—20 M. Frühjahrs-jaquetts und Capes von 2—10 Mk. Rester- und Parthiewaaren-Handlung, **Landsbergerstr. 48, I.**
2 Stand Betten (Brautbetten) bill. **Grüner Weg 41, 1 Tr. links.**

Otto Naether,
Uhrmacher,
Anklamstr. 44, an der Brunnenstr. Reparaturen an Uhren jeder Art solid und preiswerth. 34172

Holz- und Kohlen-Handlung
von **August Zick, 5840L**
Bückerstr. 51, im Hof.

Gegründet 1870. Gegründet 1870.
Beste Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Garderobe, Arbeitsanzüge (selbstgefertigt) in großer Auswahl für jeden Beruf, Arbeitshemden, Blousen, Röden u. **AW., Stromstraße 50,** gegenüber der Brauerei „Roabit“.

Reitmänn, 30875
Radastr. 2, am Schleifischen Bahnhof. Habe immer 3—500 Vögel, ohne andere Thiere, kann daher jeden reell bedienen.

Gangb. Destillation schnell zu verk. Näh. im Möbelgeschäft **Stalitzerstr. 105.**
Schlafstelle für Herrn, sep. Eingang, **Rantensfelstr. 85 bei Koch.** 30795

Arbeitsmarkt.
Korbmacher v. Blüme, Brandenburgstraße 25. 30835

Gerichts-Beilage.

Gewerbegericht.

Die Kammer IV (Vorsitzender: Assessor Welch) fällt kürzlich ein Urtheil, das bei allgemeiner Anerkennung durch das Gericht von weittragender Bedeutung für viele Kategorien von Arbeitern werden kann, gerade deshalb aber nicht unumwunden bleiben darf. Der Tischler M., welcher von Herrn Bourant eine Lohnschätzung beanspruchte, hatte mehrere Wochen „über Feierabend“ gearbeitet — es war in der Zeit vor Weihnachten, in der Saison. Die regelrechte, bestimmte Arbeitszeit begann des Morgens um 7 Uhr und schloß des Abends um 7 Uhr. Eines Abends wollte der Kläger aus irgend einem Grunde nicht länger arbeiten, er zog um 7 Uhr seine Ueberkleider an, um zu gehen. Der Beklagte sah dies, worauf er zum Kläger sagte: „Heute wird bis 8 gearbeitet.“ M. lehnte sich nicht daran, er beendete seine Toilette und wollte gerade zur Thür hinaus, als Bourant auf ihn zutrat und meinte: „Ich habe doch gesagt, es wird bis 8 gearbeitet.“ M. antwortete nunmehr: „Habe heute etwas vor, kann nicht länger arbeiten“, und entfernte sich. Am andern Morgen wurde er entlassen. Kündigungsausschluß war nicht zwischen den Parteien vereinbart worden. — Der Kläger wurde abgewiesen. In der Urtheilsbegründung sprach der Vorsitzende aus, daß der Arbeitgeber das Recht habe, in seinem Betriebe, wenn nöthig, die Arbeitszeit über das gewöhnliche Maß hinaus zu verlängern. Das sei geschehen. Kläger, der bereits mehrere Wochen Ueberstunden gemacht hatte, sei am Entlassungstage trotz zweimaliger Aufforderung, bis 8 zu arbeiten, um 7 Uhr gegangen. Darin sei eine beharrliche Weigerung, die auftragene Arbeit auszuführen, zu erblicken. Kläger ging seines Entschädigungs-Anspruches verlustig, die Gewerbe-Ordnung zähle bekanntlich zu den Gründen zur sofortigen Entlassung bei bestehender Kündigungsfrist den der beharrlichen Verweigerung der Arbeit. In der Begründung wurde auch noch Bezug genommen auf die Thatsache, daß in der Branche des Klägers vor Weihnachten gewöhnlich länger gearbeitet wird; er hätte das wissen müssen. Daß dem Kläger beim Engagement die Bedingung gestellt wurde, auf Verlangen länger wie bis 7 Uhr arbeiten zu müssen, wurde vom Beklagten nicht bestritten. Nach unserer Meinung kann, wenn allgemein gültige Abmachungen betreffs eventueller Ueberzeitarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fehlen, nur fälschlicherweise eine beharrliche Weigerung der Arbeit darin gesehen werden, wenn jemand sich an eine mehrmalige Aufforderung zur Ueberfeierabend-Arbeit nicht lehrt und nach Schluß der vereinbarten gewöhnlichen Arbeitszeit nach Hause geht. Hatte Kläger auch schon während einiger Wochen länger wie gewöhnlich gearbeitet, so war dies kein „freier Wille“ und war er berechtigt, jeden Tag den Willen kund zu geben, nicht nach Feierabend arbeiten zu wollen. Zudem er dies that, war er im Recht. Hieran ändert der Umstand nichts, daß was noch fraglich ist — Kläger wußte, vor Weihnachten sei in der in Betracht kommenden Branche Ueberzeitarbeit gang und gäbe. Der Kläger war nicht verpflichtet worden, beim Engagement oder später, länger wie bis 7 Uhr auf Verlangen zu arbeiten, deshalb war es kein gutes Recht, jederzeit von der freiwilligen Ueberzeitarbeit zurückzutreten.

Kammer VIII. Vorsitzender Assessor Fürst. Sitzung vom 14. April.
Der Schriftföhrer Sch. klagt gegen den ehemaligen Buchdruckermeister Viese auf 40 M. Lohnentschädigung. Viese, der seine Druckerei wegen materieller Schwierigkeit aufgeben mußte, hatte einen Theil seiner Werkzeuge (Maschinen etc.) Herrn Bartels verkauft und war in dessen Druckerei eingetreten, mit ihm zugleich auch der Kläger, den Viese solange beschäftigt hatte. Kläger behauptete in einem früheren Zeugnisse, Viese habe auf eigene Rechnung mit eigenen Werkzeugen im Betriebe des Bartels Arbeiten ausgeführt, beziehungsweise ihn (Kläger) ausführen lassen. Er habe in der Woche einige Tage für Viese und einige für Bartels gearbeitet, wofür er von jedem getrennt bezahlt worden wäre. Demgegenüber behauptete damals Viese, er sei nur Angestellter Bartels zu jener Zeit gewesen. Bartels, jetzt als Zeuge gehört, bestritt dies. Auf Zureden des Vorsitzenden, welcher die bedrängte Lage des Beklagten (V. ist zur Zeit erwerbslos) hervorhebt, ermäßigt der Kläger seinen Anspruch auf 20 M., worauf ein begütlicher Vergleich geschlossen wird. Nach Abschluß desselben äußerte der Beklagte: Er (Sch.) bekommt ja doch nichts, ich habe den Offenbarungseid geleistet.

Ein Zusammenstoß mit einem Radfahrer hat einen Unglücksfall verursacht, dessenwegen der Verkäufer Schmidt am Dienstag vor der 2. Strafkammer zur Verantwortung gezogen wurde. Dieser fuhr eines Tages mit seinem Fahrrad in ziemlich scharfer Gangart durch die Linienstraße. In der Nähe des Koppenplatzes mußte er sich durch zwei Weichen im entgegenkommenden Fußwege hindurchschlängeln, und als er — einer Droste ausbiegend — an die Bordsteinschwelle des Fahrdammes herankam, überfuhr er den Eigenthümer W., der in demselben Augenblicke den Lamm überschreiten wollte. Der ältere Herr kam bei diesem Zusammenstoß zu Fall und auch das Fahrrad fiel um und wurde arg beschädigt. Der Unfall ist für den Verletzten von recht ablen Folgen begleitet gewesen: er behauptet, daß sich seitdem eine Schwerhörigkeit bei ihm herausgebildet und auch das Sehvermögen auf dem einen Auge infolge des Unfalles gelitten habe. Der Gerichtshof erachtete eine Jahrlängigkeit des Angeklagten als vorliegend, da er beim Radfahren durch eine beehrte Strafe seine Aufmerksamkeit hätte verdoppeln müssen. Mit Rücksicht auf die schlimmen Folgen des Unfalles verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis.

Einen Mitleid erregenden Eindruck machte am Dienstag eine Frau, welche als Zeugin in einer Anklagesache wider den Kutscher Wilhelm Albrecht wegen schlaglicher Körperverletzung vor die 2. Strafkammer des Landgerichts I geladen war. Der Angeklagte ist ein alter Holländer, der schon 24 Jahre lang fährt und noch nie mit dem Strafgesetze in Konflikt gerathen ist. Eines Tages hatte er das Unglück, beim Einfahren in den Hofhof die Zeugin zu überfahren, und zwar so unglücklich, daß dieselbe außer anderen Verletzungen einen Bruch des Oberarmes davon getragen hat, bereits 17 Wochen im Krankenhaus zubringen muß und sich allein noch nicht fortbewegen kann. Sie mußte in den Sitzungssaal getragen werden. Dem Angeklagten ist das Unglück sehr nahe gegangen; er hat die schwer Verletzte im Krankenhaus besucht und ihr sein tiefes Bedauern über den Unglücksfall ausgedrückt und versicherte auch gestern dem Gerichtshof, daß ihm das Geschick der Zeugin schwer auf dem Herzen liege, aber doch glaube, daß weniger seiner Unvorsichtigkeit, als vielmehr einem thätlichen Zufall das Unglück zur Last falle. Dieser Ansicht neigte sich auch der Gerichtshof zu, indem er den Angeklagten nur zu 150 M. Geldbuße verurtheilte. Wohnend während war es, wie fürsorglich sich der Verurtheilte seiner Belastungszeugin zur Verfügung

stellte: er nahm die bewegungsunfähige Frau wie ein Kind auf seine starken Arme und trug sie vorsichtig über die langen Wandelgänge des Gerichtsgebäudes und setzte sie behutsam in eine vor dem Eingange harrende Droste.

Soziale Ueberblick.

Achtung! Studenten! (Zahlstelle Schöneberg.) Den Kollegen geben wir hiermit bekannt, daß von jetzt ab alle Sonnabende um 8 Uhr, bei Siegelers, Goltstr. 43, Beiträge entgegengenommen werden. Sodann findet jeden Sonntag früh eine Zusammenkunft statt, zu der wir um eine rege Theilnahme bitten. Der Vertrauensmann. Eichhorn, Sedanstr. 50.

Achtung, Tischler. Die Lohnbifferenzen in der Baufacherei von G. Oring u. Co., Labeckerstraße 27, sind noch nicht beigelegt; trotz einer scheinbaren Verständigung suchen die Unternehmer die Arbeitslöhne fortgesetzt zu verkürzen. Die Kollegen werden höfentlich Rücksicht auf die dort Arbeitenden nehmen und nicht durch unnützes Anbieten deren Lage noch mehr verschlechtern.

Die Werksatt-Kontrollkommission des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. (Zahlstelle Berlin.)

An die Hilfskassen-Arbeiter! Kollegen und Kolleginnen! In letzter Zeit ist es vielfach in unserer Branche zu Minderungen und Lohnabzügen gekommen, die uns doppelt die Pflicht auferlegen, den Kampf gegen das Unternehmertum mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu führen. Hierzu bedarf es aber zunächst der Stärkung der Organisation, des Beitritts der Kollegen zum Verein der Hilfskassen-Arbeiter.

Am Sonnabend, den 21. April, Abends 8 Uhr, findet bei Seefeldt, Grogadierstr. 53, eine Versammlung statt, von der wir erwarten, daß sie von unsern Berufsgenossen recht zahlreich besucht wird.

Der Vorstand. J. A. Alb. Jänsch.

Bergarbeiter-Kongress. Als Delegirter für den internationalen Bergarbeiter-Kongress zu Berlin ist für Bochum der Verbandskassirer Meyer, dem auch ein Mandat für Hoffstedt mit übertragen worden ist, gewählt. Für den Bezirk Aplerbeck, Schüren, Salde und Landkrone wurde am Sonntag zu Aplerbeck W. Reinert als Delegirter gewählt. — Der Bezirk Sudarde wird durch den Bergarbeiter Fr. Drewes vertreten sein.

Holzarbeiterkonferenzen. Die Zahlstelle Meerane des deutschen Holzarbeiter-Verbandes regt eine Konferenz für sämtliche Zahlstellen Sachsen an. Adresse: Richard Gabel, Meerane, Bergstr. 83. — Für Schleswig-Holstein findet eine Holzarbeiterkonferenz am Sonntag, den 22. April, zu Neumünster im „Kaiserhof“ (kleiner Saal), Großflecken, statt. Beginn Morgens 8 Uhr. Adresse: J. Bräuer, Neumünster, Probsteistr. 7.

Für die Steinarbeiter Sachsen findet am Sonntag, den 29. April, Vormittags 11 Uhr, eine Konferenz statt in den „Volksbällen“, Leipzig, Kreuzstraße 14. Die Delegirten sind bei Viktor Gerber, Dresden, Stephaniensstr. 73, rechtzeitig anzumelden.

Die Geschäftsleitung der losen Zentralisation der Maurer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands ist laut Beschluß der letzten Konferenz (in Krimmischau i. S. vom 22. bis 27. März) in einer öffentlichen Maurerverammlung in Halle a. S. am 3. April gewählt worden und besteht aus: August Seel, Halle a. S., Tholackstr. 4, Geschäftsleiter, an den alle Briefe, Anfragen etc., und Heinrich Wolf, Siebichenstein bei Halle a. S., Blumenstr. 20, Kassirer, an den alle Gelder zu adressiren sind.

Der evangelisch-soziale Kongress wird vom 15.—17. Mai in Frankfurt a. M. abgehalten werden. Zur Verhandlung stehen folgende Punkte: Die soziale Frage und die Predigt; Die deutschen Landarbeiter, mit besonderer Berücksichtigung der vorjährigen Enquete des Kongresses; Die Gewerkschaftsbewegung; Die evangelisch-soziale Aufgabe im Lichte der Geschichte der Kirche.

Der Streik der Ziegelei-Arbeiter Boom, Rumpst und Hemigem dauert fort. Die Ruhe ist nicht mehr gestört worden. In Antwerpen hat vorgestern Abend eine große Versammlung der Ziegelei-Arbeiter-Delegationen und der Arbeitgeber unter Vorsitz eines Komitees, dem die Herbeiführung einer Verständigung obliegt, stattgefunden. Ueber das Resultat der Verhandlungen ist noch nichts bekannt.

Der französische Grubenarbeiter-Kongress wurde am 18. d. Mts. in Paris eröffnet. Der Abgeordnete Bally, welcher den Vorsitz führt, erklärte, das Programm beziehe sich besonders auf die Erreichung des achtstündigen Arbeitstages, Organisation der Arbeiterklassen und die Schaffung einer internationalen Bergarbeiterliga.

Musiker-Glend. Die Musiker, wenn sie auch oftmals die lustigsten Weisen aufspielen — müssen, haben doch in der Regel mit recht mitleidigen Verhältnissen zu kämpfen. Ihr Erwerb hängt von allerlei Zufälligkeiten ab, wie Witterung, Geschäftsfrage etc. Mit der zunehmenden Verarmung breiter Volksmassen kommen immer Wenigere in die angenehme Lage, den Luxus musikalischer Genüsse sich leisten zu können. Außerdem haben die Zivil-Verfassungsmusiker einen mächtigen Konkurrenten in den Militärkapellen, die von den Steuerzahlern erhalten werden müssen, um andere steuerzahlende Staatsbürger in ihrem Erwerb zu beeinträchtigen. Wie in Deutschland, so in Oesterreich. So hat sich jetzt in Wien nach Jahre langem vergeblichem Kampfe gegen den übermächtigen Konkurrenten die dortige Genossenschaft aufgelöst. Wie groß das Glend, geht aus dem Bericht hervor, den der Vorsteher der Genossenschaft, Märtz gab. Es sei, so führte er an, ein Defizit von 340 fl., das nicht gedeckt werden könne, denn von den 400 Mitgliedern seien 224 mit einem Gesamtbetrage von 2800 fl. im Rückstand, 125 erklärten, überhaupt zu arm zu sein, um die Genossenschaftsbeiträge zu zahlen und 56 können sie nur in Raten zahlen. Bei 245 Genossenschaftsangehörigen sei überhaupt nichts Pfändbares vorgefunden worden, dieselben hatten absolut nichts, als das, was sie am Leibe trugen, 16 andere seien unauffindbar. Als der Vorsteher erklärte, daß ein Fortbestehen der Genossenschaft unmöglich sei, daß sie sich selbst auflösen müsse, bricht stürmische Zustimmung los. Die Genossenschaft ist lebensunfähig, aller Mittel bar,“ fährt Herr Märtz fort. Die Umlagen können nicht erhöht werden, da die bisherigen Umlagen ohnehin bloß von 89 Mitgliedern begahlt werden konnten. Wir sind eben derart, am Rande des Abgrundes. Ein Glend, wie bei uns Musikern, giebt es bei den Angehörigen keiner Genossenschaft! Und erdrückt die Konkurrenz der Militärkapellen. Der Wirkungskreis der Militärkapellen ist größer als je und wir können bloß mehr wollen, daß der Staat endlich den letzten Schritt thut und dem Kinde den rechten Namen giebt, indem er die Musik zu seinem Monopol erhebt. Wir aber haben keine Lust, noch weiler Genossenschaft zu spielen.“

Gegen Streikbrecher. In Detroit (Nord-Amerika) griffen streikende polnische Arbeiter, die sich mit Piken bewaffnet hatten, die Arbeiter an, welche bei den städtischen Arbeiten an die Stelle der Streikenden getreten waren. Die Polizeimannschaften gaben Feuer, tödteten zwei Polen und verwundeten deren fünf. Der Sheriff und drei Polizisten wurden gleichfalls verwundet.

Die Kartellirung der industriellen Unternehmen schreitet stetig fort. Wie im Wessenkirchener, so haben auch im Bochumer Bezirk die Ringofenbesitzer einen Verband gebildet, dem sämtliche Werke, mit Ausnahme von zweien, mit einer Jahresproduktion von 50 Millionen Steinen beigetreten sind. Da der Verband natürlich seinen Beruf der Preissteigerung sofort verwirklicht, nämlich die Preise sofort um 5 M. pro Tausend erhöht hat, trägt man sich in den Kreisen der größeren Verbraucher mit dem Plane, eigene Ziegeleien zu gründen, um billiges Baumaterial zu erhalten. Und das Ende vom Liede wird sein? Nachdem die Herren soweit gekommen sind, über ihren eigenen Bedarf hinaus zu erzeugen, werden sie die Ersten sein, die an einem preissteigernden Dinge theilzunehmen bereit sind, um den Ueberfluth ihrer Produktion möglichst profitreich an den Mann zu bringen.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Wahlkreis hielt am 17. April eine Versammlung ab, in welcher der Vorstand zunächst den Vierteljahresbericht gab. Der Vorsitzende theilte mit, daß die Mitgliederzahl von 1850 am 1. Januar 1894 auf 1500 am 1. April gewachsen ist, eine Zunahme, von der man bedauern müsse, daß sie den 45 000 sozialdemokratischen Stimmen von der letzten Reichstagswahl nicht entspreche. Es scheine ein Fehler in der Organisation vorhanden zu sein, der die Parteigenossen dem Verein fernhalte. Darin müsse Wandel geschaffen werden, damit der Wahlverein in seiner Bedeutung den abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen entspreche, damit er ein Wort hineinzureden habe in die ganze politische Aktion, in das ganze politische Getriebe. (Beifall.)

Der Kassirer gab hierauf folgenden Kassenbericht: Die Einnahme des Vierteljahres betrug sammt einem zu Beginn desselben vorhandenen Bestandes von 154,92 Mark 1106,17 Mark, die Ausgabe 714,45 Mark, es blieb also ein Bestand von 391,72 Mark. Auf Antrag der Revisoren theilte die Versammlung die Decharge. Genosse Robert Schmidt referirte sodann über „die Einschränkung der Kolportage“ (Antrag Graber im Reichstage). In der Diskussion, die sich an den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß, nahmen zwei Genossen das Wort, um ihrer Zustimmung Ausdruck zu geben. Unter Vereinsangelegenheiten regte Genosse Robert Meier eine Erwägung darüber an, ob nicht die Redefreiheit in der Anwesenheit sich anschließenden Diskussion etwas beschränkt werden sollte, damit nicht von einzelnen Genossen, die sich besonders gerne reden hören, so viel Geklagtes wiederholt werde. Mehrere Genossen beklagten diesen Antrag, worauf die Versammlung darüber zur Tagesordnung überging. Auf Antrag des Genossen Natutal gab der Vorsitzende die Erklärung ab, daß der Vorstand die von dem früheren Pianoforte-Arbeiter, jetzt selbständigen Wenzel gegen das Mitglied Radan geschleuderte Beschuldigung der Spionage zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht und zu der betreffenden Sitzung den Wenzel geladen habe. Der Letztere sei aber nicht erschienen, habe vielmehr dem Genossen, welcher ihm die Ladung überbrachte, gesagt, er habe jenes Wort in der Erregung gesagt und wolle es nicht mehr ausruhren erhalten. Genosse Heymann geistelte dieses Verhalten gebührend. Redner kam dann auf die zu Beginn der Versammlung angelegte Frage zurück, wie die Mitgliederzahl des Wahlvereins erhöht werden könne. Der Wahlverein des sechsten Kreises sei infolge der vorgenommenen Reorganisation von 2000 Mitgliedern am 1. Januar auf 3000 am 1. April gewachsen. Mehrliches werde man im vierten Kreise erreichen, wenn die Aufgaben, welche der Parteioorganisation obliegen, wie etwa die Leitung der Wahlen, mehr als bisher vom Wahlverein übernommen werden.

Auf Antrag des Genossen Scholz beschloß die Versammlung, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung ein Referat über dieses Thema zu setzen. Unter Verschiedenem besprach Genosse Scholz die kürzlich erfolgte Umfassung einer großen Anzahl von Kindern nach der Manteuffel-Str. 7; nicht genug, daß infolge derselben die kleinen Kinder nun zum großen Theile bedeutend weitere Wege bis zur Schule zurücklegen haben als bisher, wird von ihren Eltern nach verlangt, daß sie den Kindern die in der neuen Schule gebrauchten Bücher kaufen. Letzteres sollten die Väter, die nicht das Geld dazu haben, entschließen ablehnen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 17. d. M. unter zahlreicher Theilnahme im „Café“ seine halbjährliche Generalversammlung ab. Nachdem die Versammlung zu Ehren des verstorbenen Vereinsmitgliedes Rabe sich von den Plänen erhoben, erstattete Genosse Kiesel namens des Vorstandes den Geschäftsbericht. Derselbe konnte die erfreuliche Thatsache konstatiren, daß die Mitgliederzahl, welche noch im Jahre 1893 sehr viel zu wünschen übrig ließ, im letzten halben Jahre sich bedeutend gehoben habe. Während im Jahre 1893 der Verein nur 2400 Mitglieder zählte, welche 5 pSt. der bei der Reichstagswahl im 6. Wahlkreise abgegebenen sozialistischen Stimmen gleich kamen, zählt der Verein zur Zeit rund 3000 Mitglieder. Dieses Wachstum der Mitgliederzahl sei auf die Reorganisation des Vereins zurückzuführen, welche, wenn sie auch noch nicht auf Vollkommenheit Anspruch erheben dürfe, sich doch immerhin bereits sehr gut bewährt habe. Daß der Verein sich fortentwickelt habe, ergebe sich unter anderem auch aus dem Umstande, daß über 3000 Protokolle des letzten Parteitagess abgesetzt worden seien, welche Zahl die gehegten Erwartungen weit übertraf. Der Vorsitzende gab der Erwartung Ausdruck, daß in der Fortentwicklung des Vereins kein Stillstand eintreten und der Verein im nächsten Jahre 10 000 Mitglieder zählen werde, damit der Verein gleich dem Wahlkreise an der Spitze Berlins und Deutschlands marschiere. (Beifall.) Abgehalten wurden 13 Vereinsversammlungen und 14 Vorstandssitzungen. Der vom Kassirer Heinert erstattete Kassenbericht für das erste Vierteljahr 1894 folgendes Endresultat: Gesamte Einnahme 3668 M. 71 Pf., gesammte Ausgabe 2547 M. 8 Pf., Uebertrag 1124 M. 26 Pf. Arbeitslosen Mitgliedern wurden 31 Monatsbeiträge, frankten Mitgliedern 20 Monatsbeiträge erlassen. 8 Mitglieder wurden ausgeschlossen. Auf Bericht und Antrag der Revisoren wurde der Kassirer einstimmig entlastet. In Rücksicht auf die noch junge Reorganisation des Vereins wurde der bisherige Vorstand auf ein weiteres halbes Jahr im Amte bestätigt mit Ausnahme des stellvertretenden Schriftführers Stolzenburg. Neu gewählt wurde als stellvertretender Kassirer Hermann Schmidt, und an dessen Stelle zum Revisor Gräseke, ferner zum stellvertretenden Schriftführer Otrikatis. Nach Erledigung dieser Vereinsangelegenheiten über die Generalversammlung einen Vortrag des Gen. Vedebour über: „Worth der Organisation und des freien Meinungsäußerungsrechts.“ Derselbe knüpfte an das reiche Wachstum des Vereins an, welches den Werth der geschaffenen Organisation zur

